

4. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten

I. Einleitung	3
II. Ausstattung der Behörde	4
1. Personalausstattung	4
2. Sächliche Ausstattung	4
3. Finanzielle Ausstattung	4
III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter	5
1. Bürgerberatung	5
1.1. Beratung von Betroffenen	5
1.1.1. Psycho-soziale Beratung	6
1.1.2. Bearbeitung der Anträge nach dem 2. SED-Unrechtsberei- nigungsgesetz	8
1.1.3. Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes	9
1.1.4. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte	11
1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS	12
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	13
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes	13
2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des öffentlichen Dienstes	13
2.1.2. Beratung im Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitie- rung	14
2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	14
2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungs- präsidien und nachgeordneten Einrichtungen	15
2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den Landkreisen im Land Sachsen- Anhalt	19
2.1.3.3. Stand der Überprüfungen in kommunalen Vertretungskör- perschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)	20
2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Gemeinderäte)	23
2.1.3.5. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwal- tungsgemeinschaften	74

2.1.4.	Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten	82
2.1.5.	Überprüfung von leitenden Angestellten in landeseigenen Gesellschaften auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	83
2.2.	Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	84
2.3.	Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt	84
2.4.	Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer	86
2.5.	Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Halle und Magdeburg	87
2.6.	Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten	88
3.	Forschung	88
4.	Öffentlichkeitsarbeit	90
4.1.	Broschüren	91
4.2.	Veranstaltungen	95
4.2.1.	„Zwischen Hoffnung und Resignation - Herausforderungen der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft“	95
4.2.2.	„DDR-(K)ein Thema für den Unterricht?“	96
	Exkurs: Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt	97
4.2.3.	Weitere Veranstaltungen	98
4.3.	Faltblätter	101
4.4.	Rundbriefe	99
4.5.	Wanderausstellung	99
5.	Informationen zum Stand der Rechtsprechung	100
5.1.	Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	100
5.2.	Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch-motivierter und unter Mißbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR im Jahre 1997	101
6.	Zuwendungen der Landesbeauftragten	104
Anhang 1		106
	Tagung zur Lehrerfortbildung 19./20.12.1997	
	Einführung Pastorin Gabriele Herbst, Magdeburg	
Anhang 2		108
	Das Interview	
	Letzten Endes nicht besiegt	

I. Einleitung

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes verpflichtet die Landesbeauftragte, jährlich zum 31. März dem Landtag und der Landesregierung einen schriftlichen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Mit der vorliegenden Broschüre wird im vierten Jahr der Tätigkeit der Behörde der 4. Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter vorgestellt.

Wie bisher wird ein Überblick über den Stand der Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt gegeben. Diese kann auf der Ebene der Ministerien und Landkreise zunächst als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden. Bezüglich einer Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten, welche vor dem 1.1.1996 erteilt wurden, durch eine erneute Anfrage, sollte eine landesweite Regelung geschaffen werden.

Im Gegensatz hierzu ist deutlich geworden, daß ausgesprochen wenige Gemeinden einen Antrag auf Überprüfung ihrer Gemeinderäte und des Bürgermeisters gestellt haben. Das widerspricht dem Eindruck der Landesbeauftragten, daß vielfach Anfragen aus der Bevölkerung nach Informationsmaterialien über die Arbeitsweise des MfS und des Partei- und Staatsapparates gerade aus den regionalen Bereichen Sachsen-Anhalts die Behörde erreichen. Im Berichtszeitraum hat sich dies besonders an dem großen Bedürfnis nach Informationen u. a. über die Arbeit des MfS im Chemiedreieck (Broschüre der Landesbeauftragten) oder an der Medizinischen Akademie Magdeburg (Broschüre des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.) gezeigt. Ca. 1200 neue Anträge beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes monatlich in Sachsen-Anhalt auf Einsicht in Unterlagen des MfS, Herausgabe von Kopien und Auskunft zeigen darüber hinaus, daß für viele Menschen die Aufklärung über das Vergangene noch nicht abgeschlossen ist.

Acht Jahre nach dem Ende der DDR muß gesagt werden, daß die ehemals in der DDR politisch Verantwortlichen in die Gesellschaft der Bundesrepublik integriert sind, die Gegner und Opfer jedoch trotz Rehabilitierung immer noch um gesellschaftliche Anerkennung kämpfen müssen.

Es wird immer wieder festgestellt, daß Probleme der Gegenwart ihre Wurzeln in der Vergangenheit vor 1989 haben. Das wirkt sich nicht zuletzt in dem nach wie vor schwierigen Umgang der Menschen aus den alten und neuen Bundesländern miteinander aus. Nur eine wirkliche Klärung des Vergangenen und die offene Aussprache darüber hilft, die Gräben zu überwinden. Das Verschweigen oder Unterdrücken gemachter Erfahrungen führt in Depression oder Aggression. Die Behörde der Landesbeauftragten sieht eine ihrer Aufgaben darin, Gesprächsmöglichkeiten und Informationsmaterialien anzubieten.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Im Berichtszeitraum wurde der personelle Aufbau der Behörde abgeschlossen. Zur Unterstützung der Landesbeauftragten sind vier Stellen vorgesehen (Stellvertreter, Jurist, Öffentlichkeitsarbeit, Sekretärin). Damit gehört die Behörde in Sachsen-Anhalt neben der des Landesbeauftragten in Mecklenburg-Vorpommern zu einer der personell am schwächsten besetzten Behörden. Den Landesbeauftragten in Berlin, Thüringen und Sachsen stehen zwei- bis dreimal so viele Mitarbeiter zu Verfügung.

Seit dem Weggang der Juristin im November 1997 ist diese Personalstelle unbesetzt. Das macht sich besonders in der Beratung von Betroffenen, aber auch von öffentlichen Stellen im Umgang mit den Auskünften des Bundesbeauftragten bemerkbar. Der Bereich „Eigeninformation der Behörde zum Stand der Rechtsprechung“ konnte für den 4. Tätigkeitsbericht aus diesem Grund nur eingeschränkt zusammengestellt werden. Augenblicklich wird die Ausschreibung für eine Neubesetzung vorbereitet.

2. Sächliche Ausstattung

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist ebenfalls abgeschlossen. Neuanschaffungen sind nur im Bereich der Bibliothek und der Aktenverwaltung (Regale) getätigt worden.

3. Finanzielle Ausstattung

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat der Behörde der Landesbeauftragten in seinem Haushalt 1997 im Einzelplan 11 im Kapitel 1114 unter den folgenden Titeln Mittel zur selbständigen Bewirtschaftung zugewiesen:

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 1997
511 01	Geschäftsbedarf	7.000 DM
512 01	Bücher und Zeitschriften	11.000 DM
513 01	Post- und Fernmeldegebühren	11.000 DM
515 01	Unterhaltung der Geräte und Ausrüstung	2.000 DM
515 02	Ersatz und Ergänzung der Geräte	3.500 DM
522 32	Betreuungskosten im Rahmen der Beratung durch die Landesbeauftragte	1.000 DM
526 01	Sachverständigen- und Gerichtskosten	1.000 DM
527 01	Reisekosten	12.000 DM
537 01	Behördenumzüge	1.000 DM
538 01	Dienstleistungen Außenstehender	15.000 DM
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	1.000 DM
685 51	Sonstige Zuschüsse 60.000 DM mit Sperrvermerk	120.000 DM

Der Sperrvermerk im Titel 685 51 wurde auf Antrag der Behörde aufgehoben und die Mittel entsprechend den Vorgaben des Haushaltsgesetzgebers zweckgebunden zur Co-Finanzierung der 3 Personalstellen im Historischen Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt eingesetzt.

Bei den Portokosten im Titel 513 01 reichten die zugewiesenen Mittel nicht aus. 5.700 DM wurden durch Einsparungen in anderen Titeln umgeschichtet. 6.000 DM wurden vom Ministerium der Justiz im Juli zusätzlich zugewiesen, so daß sich ein Verbrauch in diesem Titel im Jahre 1997 in Höhe von ca. 23.000 DM ergibt. Die Zunahme der Portokosten liegt sowohl an der gestiegenen Nachfrage nach den Publikationen der Landesbeauftragten, auch aus den anderen Bundesländern, als auch an der Erhöhung der Portogebühren der Deutschen Post AG. Prüfungen im Ministerium der Justiz, die Broschüren gegen Übersendung von Briefmarken zu versenden, wurde abschlägig beschieden, da der Verwaltungsaufwand zu hoch ist und es dem Charakter und der gesetzlichen Aufgabe der Behörde widerspricht, für die Information der Bevölkerung über Wirkungsweise und Strukturen des MfS in Sachsen-Anhalt eine Gegenleistung zu verlangen.

Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit standen der Behörde nach Rücksprache mit dem Referat Öffentlichkeitsarbeit des Justizministeriums im Berichtszeitraum in Höhe von 31.000 DM im Titel 531 01 Veröffentlichungen und in Höhe von 39.000 DM im Titel 531 03 für sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Die Mittel im Titel 531 01 reichten gerade für die Publikation von Informationen über Strukturen und Arbeitsweise des MfS nicht aus. Die Belegung der Exemplare mit einer Schutzgebühr wurde ebenfalls auf Grund der Pflicht der Behörde zur Information nach einer Prüfung durch das Ministerium der Justiz durch die Behörde abschlägig entschieden.

III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

1.1. Beratung von Betroffenen

Nach wie vor nimmt das Gespräch mit Menschen, welche durch das System der DDR und seine verantwortlichen Mitarbeiter verfolgt wurden, einen großen Bereich der Arbeit ein. Es zeigt sich, daß die Behörde der Landesbeauftragten häufig die „letzte Instanz“ ist, von der Hilfe erhofft wird. Auch im Berichtszeitraum wurden die wöchentlichen Sprechstunden in Magdeburg (dienstags von 13 bis 18 Uhr) und die monatlichen Sprechstunden in Halle (jeden 1. Donnerstag im Monat) in Halle weitergeführt. Zusätzlich werden jedoch immer wieder auf Wunsch Gespräche außerhalb der Sprechzeiten geführt. Auch am Rande von Veranstaltungen gibt es immer wieder Anfragen und Probleme, welche nicht in „fünf Minuten“ geklärt werden

können. Die Menschen, welche auf die Behörde mit den unterschiedlichsten Problemen (Rehabilitierung, Akteneinsicht, Meinungsäußerung zur allgemeinen Aufarbeitung, Schilderung ihres Schicksals etc.) zukommen, erwarten Zeit und Ruhe zum Zuhören seitens der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter. Wo immer es möglich ist, wird diese Zeit im Interesse der Betroffenen aufgebracht. Das Bedürfnis nach Gesprächen wird auch in den Telefonaten deutlich, welche von Bürgern der alten Bundesländer geführt werden, da es dort keine vergleichbaren Einrichtungen gibt. Inhalte dieser Gespräche sind nicht nur die Schilderung des eigenen Schicksals, sondern auch die Nachfrage nach Informationsmaterialien und die Bitte um Unterstützung bei der Suche nach Unterlagen besonders für Rehabilitierungsanträge in anderen Archiven (Kreisarchive etc.).

Nach wie vor steht im Mittelpunkt der Gespräche mit Betroffenen, welche bis 1989 in der DDR geblieben sind, häufig die Klage über die Weiterbeschäftigung ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter des MfS oder anderer Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates im öffentlichen Dienst.

Es wird immer wieder deutlich, daß das erlebte Unrecht nicht wieder gutgemacht werden kann, allenfalls können die Folgen in Ansätzen gelindert werden. Die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bieten hierfür trotz ihrer Lücken eine Möglichkeit. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn stellt ebenfalls Mittel zur finanziellen Unterstützung bereit. Mit den seelischen Verletzungen müssen die Betroffenen selbständig fertig werden. Hier zeigt es sich, daß viele Wunden auch nach dreißig oder vierzig Jahren nicht verheilt oder nur vernarbt sind.

1.1.1. Psycho-soziale Beratung

Der Erfahrungsaustausch zur psycho-sozialen Beratung von Betroffenen der Mitarbeiter bei den Landesbeauftragten, welche hauptsächlich die Gespräche mit den Besuchern führen, wurde auch 1997 als gemeinsame Veranstaltung in Berlin fortgesetzt.

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagengesetz in Sachsen-Anhalt weist der Landesbeauftragten im § 5 Abs. 3 die Beratung der Beteiligten in der Wahrnehmung ihrer Rechte nach den §§ 13 bis 17 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu. Sie kann dem Gesetz folgend weiterhin den Beteiligten psycho-soziale Erstberatung anbieten und sie anschließend an besonders geeignete Beratungsstellen in Trägerschaft öffentlicher Stellen, der Kirchen oder der freien Wohlfahrtspflege sowie ähnliche Einrichtungen verweisen.

Die Erfahrung der Beratungstätigkeit in den letzten drei Jahren belegt sehr deutlich, daß es in vielen Fällen unabdingbar ist, die Betroffenen an einen ausgebildeten Psychologen zu verweisen. Auf Grund der Besonderheit der Betroffenenengruppe (In ihr Leben wurde mit staatlicher Gewalt aus politischen Gründen eingegriffen und ihre Lebensqualität dadurch eingeschränkt.) ist es unabdingbar, zuständige Beratungsstellen zu sensibilisieren.

Tätigkeitsfelder:

- Betreuungsangebote für Einzelpersonen z. B. Hilfestellung bei der Einsicht in die Unterlagen des MfS, Gespräche zur Einordnung des Erlebten, Nachbereitung der Akteneinsicht
- Organisation und Begleitung von Täter-Opfer-Gesprächen
- Begleitung von Selbsthilfegruppen, Teilnahme auf Wunsch
- Übernahme von Ratsuchenden aus der Erstberatung der Landesbeauftragten, den Gedenkstätten und Außenstellen des Bundesbeauftragten in Halle und Magdeburg, den Reha-Behörden, den Versorgungsämtern und der ZERV
- Vermittlung von spezifischen Kenntnissen an Mitarbeiter, die in der Erstberatung tätig sind
- Organisation eines Erfahrungsaustausches zwischen Psychologen mit psycho-sozialen Beratungsangeboten mit MfS-Bezug in Sachsen-Anhalt
- Organisation der Zusammenarbeit von Ärzten, die mit der Erstellung von Gutachten auf dem Gebiet posttraumatischer Belastungsstörungen und anderer Haftfolgeschäden befaßt sind

Im letzten Quartal des Jahres 1997 wurde vom Ministerium der Justiz dankenswerter Weise eine Möglichkeit zur Bedarfsermittlung angeboten. Für einen Zeitraum von drei Monaten wurde von der Justizvollzugsanstalt Magdeburg hierfür ein Psychologe mit 20 % seiner Arbeitszeit zur Verfügung gestellt. Eine Auswertung dieses Versuches steht noch aus.

Aus Sicht der Landesbeauftragten ergaben sich folgende Probleme, die ihren Grund in der kurzen Zeitspanne und der reduzierten Arbeitszeit hatten:

- Eine langfristige Planung war wegen der kurzen Zeit (3 Monate) nicht möglich.
- Eine Mitarbeiterschulung konnte nicht geplant werden, weil eine längerfristige Zusage zur Weiterführung der Arbeit fehlte.
- Die bei den Betroffenen existierende Hemmschwelle konnte nicht erfolgreich abgebaut werden (2 Betroffene fanden den Weg trotz vorheriger Zusage nicht). Das bedeutet: Es müssen längerfristige Möglichkeiten gefunden werden, um auf die verschiedenen Betroffenenengruppen zugehen zu können. Ein Aufbau von Vertrauen war in dieser Zeit nicht möglich. Da bekannt war, daß es sich um einen kurzen Zeitraum handelte, haben verschiedene Personen Abstand genommen, die Beratung in Anspruch zu nehmen.
- Eine einmalige Beratung reicht in vielen Fällen nicht aus. Momentane Situation: Die Gespräche mit dem Psychologen müssen in Gesprächen zwischen Betroffenen und der Landesbeauftragten bzw. den Opferverbänden nachbereitet werden.

- Eine Konzeption für die kontinuierliche Arbeit konnte nicht erstellt werden.

Im Interesse der Betroffenen ist die Einrichtung einer Personalstelle oder die Zuordnung dieser speziellen Arbeit einer schon bestehenden Stelle als bleibender Auftrag notwendig. Dieses macht das im Anhang abgedruckte Interview mit dem Psychotherapeuten N. Gurrus vom Berliner Zentrum für Folteropfer noch einmal besonders deutlich.

1.1.2. Bearbeitung der Anträge nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Im Mittelpunkt der Gespräche stehen neben den langen Wartezeiten bei der Akteneinsicht auch die langen Bearbeitungszeiten bei den Anträgen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, sowohl bei den Regierungspräsidien als auch im Anschluß daran besonders bei den Rentenversicherungsträgern. Das Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt gab auf Anfrage folgende Auskunft zum Stand der Bearbeitung:

„Durch das Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der DDR vom 1. Juli 1997 (BGBl. I S. 1609) sind u. a. das Berufliche und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz geändert worden.

Für die Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz für Verfolgungsoffer, deren wirtschaftliche Lage besonders beeinträchtigt ist, sind die Einkommensgrenzen angehoben und der Leistungssatz von 150 DM auf bis zu 300 DM monatlich erhöht worden. Außerdem können jetzt auch Rentner Leistungen - bis zu 200 DM monatlich - erhalten.

Neben weiteren Anpassungen und Klarstellungen ist durch das Novellierungsgesetz den Opfern schwerwiegender Eingriffe des SED-Regimes, die bisher nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wegen des Fehlens eines ausgleichbaren Folgeschadens nicht rehabilitiert werden konnten, die Möglichkeit eröffnet worden, durch eine förmliche Rehabilitierung ihre - durch die politische Verfolgung des SED-Regimes betroffene - persönliche Ehre wiederherzustellen.

Ferner sind die Antragsfristen in den Rehabilitierungsgesetzen bis zum **31. Dezember 1999 verlängert** worden.

Anträge sind an das für den jetzigen Wohnort zuständige Regierungspräsidium zu richten, das auch weitere Auskünfte zu den Leistungsverbesserungen des Novellierungsgesetzes erteilt.

Bis zum Dezember 1997 waren bei den Regierungspräsidien

insgesamt	11.654	Anträge eingegangen,
von denen	2.836	positiv beschieden
und	689	abgelehnt worden.

1.521 Anträge haben sich in sonstiger Weise erledigt. Offen sind somit noch 6.608 Verfahren.

Die Regierungspräsidien sind bemüht, die vorliegenden Anträge so schnell wie möglich abzuarbeiten. Eine längere Bearbeitungsdauer ist jedoch aufgrund des hohen Antragsaufkommens und der schwierigen Rechtsmaterie unvermeidlich. Hinzu kommt, daß zumeist in zeitaufwendigen persönlichen Gesprächen Sachverhalte aufgeklärt werden müssen, die manchmal Jahrzehnte zurückliegen. Erhebliche Zeitverzögerungen ergeben sich auch durch notwendige Anfragen an die Gauck-Behörde. Bevorzugt werden Anträge bearbeitet, bei denen das Alter oder der Gesundheitszustand des Antragstellers oder die Schwere des Eingriffs dies angezeigt sein lassen. Hierdurch ist gewährleistet, daß zumindest die ältesten und am schwersten betroffenen Antragsteller nicht zu lange auf ihren Bescheid warten müssen.“

Es zeigt sich immer wieder, daß trotz aller Information es immer noch antragsberechtigte Bürger, gerade auch in den alten Bundesländern gibt, welche noch keinen Antrag gestellt haben. Wer in irgendeiner Weise politischer Verfolgung in der DDR unterlag, sollte sich auf jeden Fall bei den zuständigen Behörden über eine mögliche Rehabilitierung informieren.

1.1.3. Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes

Das Landesamt für Versorgung und Soziales übermittelte eine Übersicht, aus der hervorgeht, wie sich die Antragszahlen zum Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz in den letzten Jahren entwickelt haben und wie diese erledigt wurden. Zusätzlich wurde eine Aufstellung der häufigsten Ablehnungsgründe übersandt. Hiernach stellt sich die Bearbeitung von Folgeleistungen nach einer strafrechtlichen Rehabilitierung wie folgt dar:

keine Zugehörigkeit zum MfS bestanden hat. Anfragen beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ergeben jedoch, daß die Voraussetzungen für einen Leistungsausschluß aufgrund der Vorlage von Versagungsgründen gegeben sind.

b) Aufgrund der Regelungen zur Vererblichkeit und Übertragbarkeit von Ansprüchen i. S. von § 17 Abs. 3 StrRehaG müssen häufig Anfragen von Hinterbliebenen negativ beantwortet werden, wenn derjenige, von dem der Anspruch abgeleitet werden soll, vor dem 18.09.1990 verstorben ist oder wenn er zwar nach dem 17.09.1990 verstorben ist, aber keinen Antrag gestellt hat.

c) Im Rahmen der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach den §§ 21 und 22 StrRehaG müssen Anträge trotz Anwendung der möglichen Beweiserleichterungsgrundsätze abgelehnt werden, da von den Antragstellern Gesundheitsstörungen geltend gemacht werden, die nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf die angegebene Schädigung (z. B. Haftumstände zurückzuführen sind).

1.1.4. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Immer wieder wird die Behörde der Landesbeauftragten mit dem Wunsch von Betroffenen nach einem Rechtsanwalt konfrontiert, welcher kein Mitarbeiter des MfS war und auch sonst nicht durch Unrechtshandlungen in der DDR belastet ist oder aus den alten Bundesländern kommt. Es herrscht ein tiefes Mißtrauen bei den Betroffenen vor, welches unter den gegenwärtigen Bedingungen nur schwer abgebaut werden kann. Die Unsicherheit, daß sie sich ungewollt und unwissend an einen ehemaligen hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiter des MfS wenden, kann ihnen nicht genommen werden. Es ist den Mitarbeitern der Behörde nicht möglich, Rechtsanwälte zu benennen, welche diesen Anforderungen entsprechen. Die Rechtsanwaltskammer des Landes Sachsen-Anhalt teilte hierzu auf Anfrage mit:

„Hier ist der Vorstand der Rechtsanwaltskammer des Landes Sachsen-Anhalt der Auffassung, daß es bezüglich Rechtsanwälten die aus den alten Bundesländern und solchen die aus den neuen Bundesländern stammen, keine unterschiedliche Behandlung geben darf.“ Weiterhin wird in der Antwort darauf hingewiesen, daß das Ministerium für Justiz hinsichtlich jedes Rechtsanwaltes unabhängig von seiner Herkunft eine Anfrage an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR richtet. Eine statistische Zusammenfassung des Standes der Überprüfung von Rechtsanwaltszulassungen konnte von dort wegen der Überleitung der Zuständigkeit in Zulassungsangelegenheiten der Rechtsanwälte auf die Präsidenten der örtlich zuständigen Landgerichte nicht gege-

Statistik zur Antragsbearbeitung

	Bis 1993					1994					1995					1996					1997				
StrRehaG	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22					
Anträge	1693	3487	144	29	1837	3170	350	39	1490	2466	157	41	704	1694	132	16	909	791	94	17					
Bewilligungen	297	1932	0	1	1573	2472	14	0	1696	2214	19	1	1872	1811	77	4	711	858	38	1					
Ablehnungen	4	105	0	0	52	133	19	5	22	174	52	6	30	136	131	23	31	96	73	18					
Sonst. Erl.	0	394	14	1	13	364	121	20	12	226	44	14	7	92	17	5	10	71	15	6					
offene Fälle	1392	1056	130	27	1591	1257	326	41	1351	1109	368	61	146	764	275	45	303	530	243	37					

Gemäß dieser Übersicht errechnen sich die Anteile genehmigter Anträge an gestellten wie folgt:

§ 6 StrRehaG:	92,70 % Bewilligungen
§ 17 StrRehaG:	80,01 % Bewilligungen
§ 21 StrRehaG:	16,88 % Bewilligungen
§ 22 StrRehaG:	4,93 % Bewilligungen

Ablehnungsgründe

a) Der häufigste Ablehnungsgrund bei Anträgen auf Kapitalentschädigung ist das Vorliegen des Ausschlussesgrundes i. S. d. § 16 Abs. 2 StrRehaG. In entsprechenden Fällen werden Antragstellern soziale Ausgleichsleistungen nicht gewährt, da der Berechtigte oder derjenige, von dem sich der Anspruch ableitet, gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat. Den größten Anteil bei Ablehnungen aufgrund der Vorlage von Ausschlussgründen bilden Fälle, in denen der Antragsteller/derjenige, von dem der Anspruch abgeleitet wird, hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des MfS war. Es treten jetzt vermehrt Fälle auf, in denen soziale Ausgleichsleistungen zurückgefordert werden müssen. In diesen Fällen haben Antragsteller eine Versicherung unterzeichnet, daß keine Ausschlussgründe vorliegen, insbesondere, daß

ben werden. Grundsätzlich stellte der zuständige Bereich des Ministeriums für Justiz darüber hinaus auf Anfrage fest:

„Allgemein ist festzustellen, daß die Auskünfte kaum noch belastendes Material zutage fördern, da es sich in der Regel um Berufsanfänger handelt. In einzelnen Fällen konnten noch kurzfristige Kontakte zum MfS festgestellt werden, die jedoch für die Versagung der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft keine Bedeutung haben. Hinsichtlich der zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sind nahezu alle Überprüfungsverfahren abgeschlossen. Im Jahre 1997 hat der Bundesgerichtshof den Widerruf einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bestätigt. Dabei handelte es sich um einen Mann, der bereits in der DDR zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war. Gegenwärtig sind zwei weitere Verfahren über den Widerruf der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft anhängig.

In dem einen Verfahren hat der Anwaltsgerichtshof des Landes Sachsen-Anhalt meine Widerrufsverfügung bestätigt. Dieses Verfahren dürfte in Kürze vom Bundesgerichtshof in letzter Instanz abgeschlossen werden. In dem anderen Verfahren erwarte ich im März 1998 eine Entscheidung.

Bei der Entscheidung über den Widerruf der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft lasse ich mich in Anbetracht der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes davon leiten, ob dem Rechtsanwalt individuell vorwerfbare Verstöße von einiger Erheblichkeit gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit nachzuweisen sind. Dabei ist das Wohlverhalten, daß der Rechtsanwalt in der Zwischenzeit möglicherweise bewiesen hat, ebenfalls zu berücksichtigen. Sofern die Auskünfte des Bundesbeauftragten den Nachweis zulassen, daß der Rechtsanwalt Informationen an das MfS geliefert hat, die Ausgangspunkt einer konkreten, systembedingten Gefährdung sein konnten, halte ich auch gegenwärtig noch den Widerruf der Zulassung für angemessen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, wie lange das Fehlverhalten des Rechtsanwalts zurückliegt. Auch halte ich es für den individuellen Schuldvorwurf von Bedeutung, ob der MfS-Mitarbeiter zur Rechtsanwaltschaft zugelassen war oder nicht. Für den Fall, daß ein Rechtsanwalt belastende Berichte an das MfS geleitet hat, hat er dies unter dem Bruch des ihm von seinem Mandanten entgegengebrachten Vertrauens getan, was schwerer wiegt, als wenn ein Justitiar in Ausführung der Justitiar-Verfügung der ehemaligen DDR über Vorgänge in seinem Betrieb berichtet hat.“

1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Die Gespräche mit offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern des wurden auch im Berichtszeitraum fortgesetzt. Immer wieder wird hierbei festgestellt, daß die ehemalige Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit aus dem gegenwärtigen Leben ausgeblendet oder verharmlost wird. Ein Nachdenken

über die Folgen des eigenen Handelns für andere Personen bleibt nach der Erfahrung der Mitarbeiter der Behörde meist aus.

In einigen Fällen wird direkt nach der Möglichkeit einer Bewertung der Tätigkeit für das MfS durch die Landesbeauftragte gefragt. Dieser Bitte kann nicht nachgekommen werden, da auch die Landesbeauftragte nur im Rahmen des Stasi-Unterlagengesetzes MfS-Aktenbestände einsehen kann. Eine Bewertung anhand der dem inoffiziellen oder offiziellen Mitarbeiter auf Antrag vom Bundesbeauftragten zur Verfügung gestellten Unterlagen ist nicht möglich. Auch die Frage, ob durch die Berichterstattung an das MfS einer bestimmten Person ein konkreter Schaden zugefügt wurde, kann auf diesem Weg nicht beantwortet werden.

Die Ungleichbehandlung von inoffiziellen und offiziellen Kontakten (z. B. durch Mitarbeiter des Bereiches Paß- und Meldewesen bei der ehemaligen Volkspolizei oder der Abteilung für innere Angelegenheiten beim Rat des Bezirkes) zum MfS bei der Entscheidung über eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird häufig beklagt. Auch die Beschäftigung von Mitarbeitern des ehemaligen SED-Partei- und des Staatsapparates in diesem Bereich ist für viele ehemalige inoffizielle Mitarbeiter ein Problem.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des öffentlichen Dienstes

In Diskussionen und Gesprächen wird immer wieder deutlich, daß dem öffentlichen Dienst ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Aus diesem Grund ist es nach wie vor wichtig, die Angestellten sämtlicher Einrichtungen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu überprüfen. Die Vorgehensweise, nämlich eine Einzelfallentscheidung nach sorgfältiger Prüfung, zeigt, daß hier nicht oberflächlich und willkürlich gehandelt wird. Die Handreichung, welche von den Landesbeauftragten zusammengestellt wurde, um das Verfahren der Überprüfung und Bewertungskriterien zu erörtern, wurde im Berichtszeitraum von zahlreichen Stellen als Arbeitsmaterial abgefordert. In verschiedenen Fällen forderten personalführende Stellen von der Landesbeauftragten eine schriftliche Bewertung einzelner Auskünfte des Bundesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen an. Diese Bewertungen wurden durch weiterführende Gespräche, telefonische Rückfragen und Übergabe von Informationsmaterialien zu speziellen Problemen in verschiedenen Bereichen ergänzt. Auch bei diesen Gesprächen wird deutlich, daß sich häufig hier die Frage der Aufarbeitung im Umgang mit den inoffiziellen Mitarbeitern erschöpft und die Verantwortung anderer staatlicher Funktionsträger in der ehemaligen DDR vernachlässigt wird.

Vertrauensrat der Landesregierung

Im Berichtszeitraum tagte der Vertrauensrat der Landesregierung in **9** Sitzungen. **46** Einzelfälle wurden in diesen Beratungen erörtert.

Die Fälle verteilen sich auf die Ministerien wie folgt:

Ministerium/ Staatskanzlei	Anzahl
Ministerium der Justiz	1 Fall
Kultusministerium	16 Fälle
Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr	0 Fälle
Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt	13 Fälle
Ministerium des Innern	2 Fälle
Ministerium der Finanzen	8 Fälle
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	4 Fälle
Ministerium für Wirtschaft und Technologie	2 Fälle
Staatskanzlei	0 Fälle

In 4 von den 46 Fällen hielt der Vertrauensrat eine Weiterbeschäftigung für zumutbar. In 42 Fällen befand er eine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst für nicht zumutbar.

2.1.2. Beratung im Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Im 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz ist festgelegt, daß derjenige bei Anträgen auf Rehabilitierung von Folgeansprüchen ausgeschlossen ist, welcher gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer mißbraucht hat. Zur Überprüfung werden auch in diesem Bereich Anfragen an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gerichtet. Im Berichtszeitraum hat die Landesbeauftragte auf Wunsch der Rehabilitierungsbehörde auch hier schriftliche Bewertungen der Auskünfte in schwierigen Fällen erstellt.

2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Die Überprüfung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt ist weitgehend abgeschlossen. Wiederholungsanträge wurden nur selten gestellt. Es ist immer davon auszugehen, daß die Überprüfungsergebnisse

nur für den Tag gelten, an dem sie erstellt wurden. Neuere Erschließungen können auch immer wieder zu neueren Erkenntnissen führen. Im Bezug auf einzelne Personen kann das durchaus zu einer anderen Sicht führen, doch dafür müßte der Arbeitgeber eine Aktualisierung der Auskunft erneut beantragen.

Im Folgenden sind die Überprüfungsergebnisse der Ministerien, Regierungspräsidien und Landkreise in Sachsen-Anhalt in Tabellenform dargestellt. Ebenfalls werden in einer Tabelle die Beschäftigten in den Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden erfaßt, so daß sich ein Gesamtüberblick über den öffentlichen Dienst in Sachsen-Anhalt ergibt. Allgemein wird festgestellt, daß eine Integration ehemaliger IM stattgefunden hat.

2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen

In den folgenden Tabellen verwendete Abkürzungen:

Mitar	Anzahl der derzeit beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Anträ	Anzahl der seit 1990 eingereichten Anträge auf Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Letzt	Letzte Antragstellung
Rückl	Anzahl der seitdem eingegangenen Mitteilungen des Bundesbeauftragten (Rückläufe) (Rückl = Belas + Entla + Nicht)
Ausst	Anzahl der noch ausstehenden Mitteilungen des Bundesbeauftragten
Belas	Anzahl der belastenden Auskünfte (Belas = Beend + Weit. + Offen)
Entla	Anzahl der entlastenden Auskünfte
Nicht	Anzahl der noch nicht bearbeiteten eingegangenen Auskünfte
Beend	Anzahl der wegen Belastung beendeten Arbeitsverhältnisse
Weit.	Anzahl der Weiterbeschäftigungen
Offen	Anzahl der noch offenen Entscheidungen

Ministerium des Innern	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Ministerium	341	362	--	360	2	21	339	0	21	0	0
nachgeordneter Polizeibereich	11248	12032	--	12006	26	2513	9493	0	793	1720	0
Vermessung- u. Katasterverwaltung	1528	1528	--	1445	83	29	1416	0	5	24	0
Regierungspräsidium Magdeburg	999	1017	--	988	29	39	949	0	29	9	1
Regierungspräsidium Halle	822	822	--	800	22	15	785	0	2	13	0
Regierungspräsidium Dessau	592	596	--	578	18	21	557	0	10	10	1
Statistisches Landesamt	291	332	--	329	3	21	308	0	7	14	0
Brandschutz und Katastrophenschutzschule	134	176	--	176	0	19	157	0	11	8	0
Landesamt für Verfassungsschutz	102	102	--	102	0	0	102	0	0	0	0
Fachhochsch. für öfftl. Verwaltung u. Rechtspl.	28	28	--	28	0	0	28	0	0	0	0
Landesarchiv	85	94	--	94	0	8	86	0	8	0	0
Landesamt für Landvermes. u. Datenverarbeitung.	29	30	--	28	2	1	27	0	1	0	0
Institut der Feuerwehr	23	25	--	23	2	3	20	0	2	1	0
Studieninstitut Sachsen-Anhalt	21	21	--	21	0	0	21	0	0	0	0
Summe Innenministerium	16243	17165	--	16978	187	2690	14288	0	889	1799	2

Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt mit nachgeordneten Bereichen

Landtag und die Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt

Landtag / Ministerium	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Landtag LSA	149	186	--	182	4	4	178	4	2	2	0
Staatskanzlei LSA	223	267	--	245	22	8	237	0	8	0	0
Ministerium des Innern	16243	17165	--	16978	187	2690	14288	0	889	1799	2
Ministerium der Finanzen	4838	4350	27.10.	4262	88	136	4125	1	35	100	1
Ministerium der Justiz	4547	4749	--	4370	366	258	4112	0	125	133	1
Kultusministerium	53497	65155	--	58267	6888	2142	56125	0	657	1465	20
Ministerium f. Arbeit, Soziales u. Gesundheit	2539	3512	--	3424	88	84	3340	0	27	57	0
Ministerium f. Wirtschaft, Technologie u. Verkehr	577	694	--	687	7	29	658	0	16	11	0
Ministerium f. Wohnungsw., Städtebau u. Verkehr	1970	2273	--	2130	143	68	2062	0	23	45	0
Ministerium f. Raumordg., Landwirtsch. u. Umwelt	5525	6192	--	5981	208	296	5685	1	100	177	17
Summe Landtag/Ministerien	90108	104543		96526	8001	5715	90810	6	1882	3789	41

Die Zahlenangaben entsprechen den Angaben der einzelnen Ministerien. Nachgeordnete Bereiche wurden zum Personalbereich Ministerium hinzugezählt. Bei 90.108 Beschäftigten wurden seit 1990 104.543 Anträge auf Überprüfung gestellt und mit 96.526 Auskünften vom Bundesbeauftragten beantwortet. Die höhere Anzahl der Auskünfte gegenüber den Anträgen hängt mit der Mitarbeiterfluktuation zusammen. 5.715 Auskünfte waren mit einer belastenden Mitteilung versehen, das sind 6,3 % der Beschäftigten. Von den belasteten Mitarbeitern wurden nach Einzelfallprüfung 1.882 Arbeitsverhältnisse beendet, das sind 2 % der Beschäftigten und 33 % der als belastet eingestuftten Mitarbeiter. 3.789 wurden weiterbeschäftigt, das sind 4,2 % der Beschäftigten oder 66 % der mit belastenden Mitteilungen versehenen Auskünfte. Im folgenden werden explizit das Innenministerium und das Kultusministerium nach nachgeordneten Bereichen aufgeschlüsselt

2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den Landkreisen im Land Sachsen-Anhalt

In der folgenden Tabelle verwendete Abkürzungen:

Mitar	Anzahl der derzeit beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Anträ	Anzahl der seit 1990 eingereichten Anträge auf Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Letzt	Letzte Antragstellung
Rüchl	Anzahl der seitdem eingegangenen Mitteilungen des Bundesbeauftragten (Rückläufe) (Rückl = Belas + Entla + Nicht)
Ausst	Anzahl der noch ausstehenden Mitteilungen des Bundesbeauftragten
Belas	Anzahl der belastenden Auskünfte (Belas = Beend + Weit. + Offen)
Entla	Anzahl der entlastenden Auskünfte
Nicht	Anzahl der noch nicht bearbeiteten eingegangenen Auskünfte
Beend	Anzahl der wegen Belastung beendeten Arbeitsverhältnisse
Weit.	Anzahl der Weiterbeschäftigungen
Offen	Anzahl der noch offenen Entscheidungen

Landkreise	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Altmarkkreis Salzwedel (59)	720	1210	13.05 .1997	1207	3	66	965	0	40	26	0
Landkreis Bitterfeld	577	658	--	624	34	24	600	0	24	0	0
Bördekreis (0 Wiederholungsanträge)	483	525	--	524	1	26	498	1	23	3	0
Landkreis Bernburg (46)	413	490	--	435	2	24	411	0	24	0	0
Burgenlandkreis (676 Wiederholungsanträge)	735	735	17.12 .	784	627	61	724	0	50	11	0
Landkreis Köthen/Anhalt (387 Wiederholungsanträge)	850	1557	14.07 .1997	1190	367	40	1150	0	27	12	1
Landkreis Mansfelder Land	1679	2150	--	2129	21	41	2088	0	41	0	0
Landkreis Ohrekreis (50)	1370	1025	17.03 .	1020	55	48	972	0	24	24	0
Landkreis Quedlinburg	488	937	--	837	100	18	816	0	14	4	0

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt mit nachgeordneten Bereichen

Kultusministerium LSA	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Ministerium	371	403	--	383	20	9	374	0	7	2	0
Hochschuldienst	15560	22944	--	20078	2866	934	19144	0	170	754	10
Schulämter Dessau, Gräfenhainichen (RP Dessau)	7107	8355	--	7263	1092	256	7007	0	91	162	3
Schulämter Weißerfels, Halle, Eisleben (RP Halle)	11783	14680	--	12257	2423	314	11943	0	203	108	3
Schulämter MD, Gardeleg., Staßf. u. HBS (RP MD)	18456	18448	--	17979	469	610	17369	0	182	424	4
sonstige Einrichtungen	220	325	--	307	18	19	288	0	4	15	0
Summe Kultusministerium	53497	65155	--	58267	6888	2142	56125	0	657	1465	20

In den oben angeführten Tabellen wurden nur vom Ministerium der Finanzen das Datum der letzten Antragstellung angegeben bzw. wurden die Wiederholungsanträge gesondert ausgewiesen.

Landkreis Saalkreis	383	445	--	436	9	21	415	0	12	9	0
Landkreis Sangerhausen	362	510	--	472	0	19	453	0	13	6	0
Landkreis Stendal	803	1135	--	1106	29	69	1037	29	44	25	0
Landkreis Weissenfels (5 Wiederholungsanträge)	492	851	--	851	0	25	760	57	17	8	0
Landkreis Wernigerode	644	836	02.10. .1995	767	0	(45)	(722)	0	--	--	--
Landkreis Wittenberg	832	945	--	922	23	32	799	0	24	8	0
Stadt Halle (57)	6098	950	--	799	208	124	675	0	107	17	0
Stadt Dessau	4447	3891	--	3373	109	52	3313	0	35	14	3
Stadt Magdeburg (0 Wiederholungsanträge)	6233	8304	08.12. .1997	8182	156	336	7846	0	110	218	8
Summe der Landkreise und kreisfreien Städte	2760 9	2715 4		2565 8	1744	1026	2424 4	87	629	385	12

Außer den auch schon 1996 gestellten Fragen wurden 1997 auch nach Wiederholungsanträgen und dem Datum der letzten Antragstellung gefragt. Haben sich Landkreise zu diesen Fragen geäußert ist das mit einer Zahl in der Spalte unter dem Namen vermerkt. Kein Eintrag bedeutet somit, eine Beantwortung dieser Frage ist nicht erfolgt. Die in dieser Spalte ausgewiesenen Wiederholungsanträge gehen nicht mit ein in die Gesamtzahl der Anträge ein. Die Ergebnisse aus den Wiederholungsanträgen, wie Rückläufe etc. wurden aber in die Gesamtzahl integriert. Zu 27.609 Beschäftigten in den Landkreisen wurden 27.154 Überprüfungersuchen an den Bundesbeauftragten von denen 25.658 beantwortet wurden. 1.744 Antworten stehen noch aus. 1.026 belastete Auskünfte stehen 24.244 entlastenden Auskünften gegenüber, das sind 3,9 % der überprüften Beschäftigten. Von diesen wurden bei 629 das Arbeitsverhältnis beendet. 385 wurden weiterbeschäftigt und bei 12 war zum 31.12.1997 die Entscheidung noch offen. Damit wurden 61 % der belasteten Mitarbeiter entlassen und 38 % der belasteten Mitarbeiter weiterbeschäftigt. Bei 1 % waren die Entscheidungen noch offen. Der Landkreis Wernigerode machte keine Angaben über die Verfahrensweise mit den 45 belasteten Auskünften. Diese wurden deshalb bei der prozentualen Berechnung nicht berücksichtigt.

2.1.3.3. Stand der Überprüfungen in kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

Erläuterungen zu den Abkürzungen in der Tabelle:

WP	Wahlperiode
Mitgl	Anzahl der Mitglieder der kommunalen Vertretungskörperschaft
Antrg	Hat es einen Antrag auf Überprüfung gegeben?
Einbringer	Von wem wurde der Antrag eingebracht?
Ergebnis	Wie war das Abstimmungsergebnis?

	1. WP				2. WP			
Kreistage/Stadträte	Mitgl	Antrg	Einbringer	Ergebnis	Mitgl	Antrg	Einbringer	Ergebnis
Altmarkkreis	--	--	--	--	47	ja	Bünd/Grün	mehrheitl.
Anhalt-Zerbst	100	ja	CDU/Präsid.	mehrheitl.	42	ja	FDP	mehrheitl.
Aschersleben-Staßfurt	111	ja	Vors. /CDU	mehrheitl.	48	ja	Verwaltung	mehrheitl.
Bernburg	61	ja	Verwaltung	--	42	ja	CDU	mehrheitl.
Bitterfeld	90	ja	Ausschuß	einstimmi	48	nein	--	--
Bördekreis	86	ja	alle Frakt.	mehrheitl.	42	ja	ohne PDS	mehrheitl.
Burgenlandkreis								
Halberstadt								
Jerichower Land								
Köthen	72	ja	ohne PDS	mehrheitl.	42	nein	--	--
Mansfelder Land	110	ja	Landrat	mehrheitl.	48	ja	Landrat	mehrheitl.
Merseburg-Querfurt	72	ja	Präsidium	mehrheitl.	49	ja	ohne PDS	mehrheitl.
Ohrekreis	132	ja	alle Frakt.	mehrheitl.	48	ja	CDU	einstimmi
Quedlinburg	75	ja	Landrat	mehrheitl.	42	ja	Bünd/Grün	mehrheitl.
Saalkreis	64	ja	Neues	einstimmi	43	ja	Vorsitzenden	mehrheitl.
Sangerhausen								
Schönebeck	75	ja	ohne PDS	einstimmi	42	nein	--	--
Stendal								
Weißenfels								
Wernigerode								
Wittenberg								
Dessau	70	ja	CDU	einstimmi	50	ja	Vorsitzender	mehrheitl.
Halle	160	ja	--	--	56	ja	--	--
Magdeburg	152	ja	Bünd/Grün	mehrheitl.	56	ja	ohne PDS	mehrheitl.
Summe Kreistage	1429				745			

Rückl	Anzahl der seitdem eingegangenen Mitteilungen des Bundesbeauftragten (Rückläufe) (Rückl = Belas + Entla + Nicht)
Ausst	Anzahl der noch ausstehenden Mitteilungen des Bundesbeauftragten
Belas	Anzahl der belastenden Auskünfte (Belas = Beend + Weit. + Offen)
Entla	Anzahl der entlastenden Auskünfte
Nicht	Anzahl der noch nicht bearbeiteten eingegangenen Auskünfte
Beend	Anzahl der wegen Belastung beendeten Mandate
Verbl	Anzahl der mit belastender Auskunft in der Vertretungskörperschaft verbliebenen Mitglieder
Offen	Anzahl der noch offenen Entscheidungen

1. WP								2. WP							
Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Verbl	Offen	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Verbl	Offen
--	--	--	--	--	--	--	--	0	38	--	--	--	--	--	--
97	3	4	93	0	2	2	0	40	1	0	40	0	0	0	0
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
60	0	1	59	0	1	0	0	--	19	--	--	--	--	--	--
90	--	--	--	--	--	--	--	46	--	--	--	--	--	--	--
86	0	2	84	0	2	0	0	39	0	1	38	0	0	1	0
87	0	6	81	0	3	3	0	--	--	--	--	--	--	--	--
104	14	2	102	0	2	0	0	51	0	0	51	0	0	0	0
72	0	7	65	0	3	4	0	36	13	1	34	0	0	1	0
?	?	?	?	--	--	--	--	12	0	1	11	0	0	1	0
?	?	4	?	?	0	4	0	26	0	1	25	0	0	1	0
64	0	2	62	0	0	2	0	--	--	--	--	--	--	--	--
60	0	0	46	0	0	0	0	--	--	--	--	--	--	--	--
60	10	1	59	0	1	0	0	01	15	0	1	0	0	0	0
?	?	6	?	0	6	0	0	41	0	0	41	0	0	0	0
147	10	5	142	0	?	?	?	27	0	2	25	0	?	?	?
927	37	40	793	0	20	15	0	319	48	6	255	0	0	4	0

Von den 21 Kreistagen und 3 kreisfreien Städten haben 16 bis zum Redaktionsschluß geantwortet. Im Ergebnis der Befragung wurden von 1429 Kreistagsmitgliedern in der 1. Wahlperiode wurden 927 überprüft. 40 von ihnen erhielten eine belastende Auskunft. 20 legten daraufhin das Mandat nieder, 15 verblieben in den jeweiligen Kreistagen. Bei 5 Abgeordneten konnte keine genaue Auskunft mehr erteilt werden.

In der 2. Wahlperiode wurden von 650 Kreistagsmitgliedern 319 überprüft wurden. 6 belastende Auskünfte erteilte der Bundesbeauftragte. 4 von diesen Kreistagsmitgliedern verblieben im Kreistag, bei zwei Kreistagsmitgliedern wurden dazu keine Angaben gemacht.

Bei den vor der Gebietsreform (1. Wahlperiode) noch existierenden einzelnen Kreistagen wurde die Ergebnisse soweit wie möglich zusammengefaßt. Die Angaben in den Tabellen beziehen sich auf die eingegangenen Meldungen. Leerfelder in der Tabelle weisen darauf hin, daß von den entsprechenden Kreistagen keine Meldung zum Termin vorlag.

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Gemeinderäte)

Erläuterungen zu den in den Tabellen gebrauchten Abkürzungen:

WP Wahlperiode

Ge+Bü Anzahl der Gemeinderäte+Bürgermeister

Anträ Anzahl der Anträge auf Überprüfung

Rückl Anzahl der eingegangenen Mitteilungen des Bundesbeauftragten in den Gemeinden (Rückläufe)

Belas Anzahl der Mitteilungen mit belastenden Auskünfte

Nieder Anzahl der auf Grund belastender Auskünfte erfolgten Mandatsniederlegungen

Regierungspräsidium Magdeburg

Landkreis Altmarkkreis

Verwaltungsgemeinschaft Altmark-Mitte

	1. WP					2. WP				
	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Mitgliedsgemeinden										
Fleetmark	8+1	0				15+1				
Packebusch	8+1	9	9	0	0	9+1				
Jeetze	8+1	9	9	0	0	10+1				
Brunau	10+1	11	11	0	0	12+1				

Vienau	7+1	8	8	0	0	8+1	9	9	0	0
Vissum	7+1	8	8	0	0	8+1				
Kerkau	6+1	7	7	0	0	6+1				
Rademin	7+1	8	8	0	0	7+1				
Badel	10+1	11	11	2	2	9+1				
Jeggeleben	7+1	0				9+1				
Zehntlingen	7+1	0				10+1				

Verwaltungsgemeinschaft Arendsee/Altmark und Umgebung

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Arendsee										
Höwisch	9	0	--	--	--	8	0	--	--	--
Kläden	8	8	8	0	0	8	0	--	--	--
Kleinau	17	0	--	--	--	11	0	--	--	--
Leppin	15	0	--	--	--	9	0	--	--	--
Neulingen	8	0	--	--	--	7	0	--	--	--
Sanne-Kerkulm	11	0	--	--	--	9	0	--	--	--
Schrampe	13	0	--	--	--	6+1	0	--	--	--
Thielbeer	8	8	8	0	0	8	8	1	--	--
Ziemendorf	5	0	--	--	--	8	0	--	--	--

Verwaltungsgemeinschaft Beetzendorf

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ahlum	12	12	12	0	0	9	0			
Apenburg	14	14	14	0	0	11	0			
Bandau	9	0				9	0			

Beetzendorf	17	17	17	0	0	13	13	13	0	0
Bierstedt	9	0				9	0			
Hanum	12	10	10	0	0	9	0			
Hohentramm	15	15	15	0	0	9	0			
Jeeben	9	0				9	0			
Jübar	11	11	11	0	0	11	0			
Lüdelsen	11	11	11	1	0	9	0			
Mellin	7	7	7	1	0	9	0			
Nettgau	11	0				9	0			
Rohrberg	17	0				10	0			
Tangeln	12	12	12	2	0	8	0			
Winterfeld	16	0				11	0			

Verwaltungsgemeinschaft Diesdorf-Dähre

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Diesdorf	41					15	15	15	0	0
Bornsen	15					8				
Dähre	18	27	24		0	13	7	7	0	0
Ellenberg	9	8	8	0	0	9	6	6	0	0
Gieseritz	10					9				
Mehmke	9	15	11	0	0	9				
Neuekrug	10					9				
Langenapel	10					9				
Bonese	10					9		9	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Jetze-Ohre-Drömling

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Dönitz	8+1	0				8+1	0			
Immekath	10+1	0				10+1	0			
Jahrestedt	10+1	0				10+1	0			
Kunrau	10+1	0				10+1	0			
Kusey	10+1	0				10+1	0			
Neuferchau	8+1	0				8+1	0			
Ristedt	8+1	0				8+1	0			
Röwitz	8+1	0				8+1	0			
Steimke	8+1	0				8+1	0			
Wenze	10+1	0				10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Kalbe (Milde)

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Kalbe	20	20	20	2	0	17	0	--	--	--

Verwaltungsgemeinschaft Mieste

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Mieste	14									
Miesterhorst	8	16	--	--	--					
Dannefeld	8									
Köckte	7					9	--	--	--	
Sichau	9									
Sachau	7					6	--	--	--	
Solpke	10									

Jeggau	9									
Peckfitz	7					6	-	-	-	
Breitenfeld	9									

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Salzwedel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Brietz						11	11	0	--	--
Dambeck						9	9	0	--	--
Stadt Salzwedel	36	40	40	0	0	37	18	18	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Gardelegen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Gardelegen	28+1	29	29	--	--	28+1	0			
Hemstedt	13+1	0				8+1	0			
Kloster Neuendorf	14+1	0				10+1	0			

Landkreis Aschersleben-Staßfurt

Verwaltungsgemeinschaft Bördeblick

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Cochstedt	15	0				13	0			
Groß Börnecke	16	0				13	0			
Stadt Hecklingen	19	19	18	0	0	17	0			
Schneidlingen	19	0				13	0			
Winningen	11	11	11	0	0	11	0			

Verwaltungsgemeinschaft Hoym-Nachterstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Hoym	19	0				12	0			
Nachterstedt	19	0				14	0			
Frose	17	0				13	0			
Schadeleben	15	0				11	0			
Neu Königsau	10	0				9	0			
Friedrichsau	9	0				7	0			

Verwaltungsgemeinschaft Staßfurt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Löderburg		ja					0			
Neundorf		ja					ja			
Rathmannsdorf		ja					0			
Hohenerleben		ja					0			
Staßfurt		ja		3	3		0			

Verwaltungsgemeinschaft Wippertal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Amesdorf	11	11	11	1	0	11	0	--	--	--
Drohnndorf	11	0				9	0			
Freckleben	13	13	13	0	0	11	0			
Giersleben	17	2	2	0	0	13	0			
Klein-Schierstedt	9	0				9	0			
Mehringen	11	0				13	0			
Schackenthal	11	0				7	0			

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Aschersleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Ascherleben										
Westdorf	11+1	ja	4	0	0	11+1	ja			

Stadt Egel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Egel	20	20	20	1	0	17	9	9	0	0

Landkreis Bördekreis

Verwaltungsgemeinschaft Bodeau

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Hadmersleben	12+1	0				12+1	0			
Klein Oschersleben	10+1	0				10+1	0			
Groß Germersleben	10+1	0				10+1	0			
Peseckendorf	5+1	0				5+1	0			
Alikendorf	8+1	0				8+1	0			
Kleinalleben	8+1	0				8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Börde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ampfurt	7+1									
Dreileben	10+1									
Eggenstedt	7+1									
Klein Wanzleben	14+1	ja		0						

Remkersleben	9+1									
Schermke	10+1									
Stadt Seehausen	14+1									

Verwaltungsgemeinschaft Sitz Hamersleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Ausleben		ja					ja			
Gunsleben										
Hamersleben		ja					ja			
Neuwegersleben										
Ohrsleben										
Wackersleben										
Wulferstedt										

Verwaltungsgemeinschaft Hötensleber Winkel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Hötensleben	22+1	21	21	2	0	14+1	4	4	0	0
Barneberg	15+1	1	1	0	0	8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Oschersleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Altbrandsleben	10+1	0	--	--	--	8+1	0	--	--	--
Beckendorf-Neindorf	14+1	0	--	--	--	9+1	9	9	0	0
Hordorf	13+1	0	--	--	--	9+1	10	1	0	0
Hornhausen	17+1	18	5	0	0	12+1	13	13	0	0
Stadt Oschersleben	34+1	34	33	0	0	28+1	31	30	1	1

Verwaltungsgemeinschaft Ost-Lappwald

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Völpke	20	0				13	13	9	--	--
Harbke	20	0				13	0			
Sommersdorf	19	0				13	0			
Marienborn	15	0				9	0			

Gemeinde Wefensleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Wefensleben	16+1	1	--	--	--	16+1	1	--	--	--

Landkreis Halberstadt

Verwaltungsgemeinschaft Aue-Fallstein

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Dardesheim	15	0				13	0			
Deersheim	13	0				11	0			
Hessen	15	0				13	0			
Osterode	8	0				8	0			
Rohrshiem	8	0				9	0			
Veltheim	11	0				8	0			
Zilly	15	15	15	0	0	13	1	1	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Harzvorland-Huy

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Aspenstedt	10+1	11	11	1	0					
Athenstedt	8+1	0								
Danstedt	9+1	0								
Langenstein	12+1	0								
Sargstedt	9+1	10	10	1	1					
Ströbeck	12+1	0								

Verwaltungsgemeinschaft Huy

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Aderstedt		0					0			
Anderbeck		16	16	0	0		11	11	0	0
Badersleben		15	15	0	0		13	13	0	0
Dedeleben		16	16	0	0		13	13	0	0
Dingelstedt		0					0			
Eilenstedt		0					0			
Eilsdorf		12	12	0	0		9	9	0	0
Huy-Neinstedt		11	11	0	0		9	9	0	0
Pabstdorf		0					0			
Schlanstedt		16	16	0	0		13	13	0	0
Vogelsdorf		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Osterwieck

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Berßel	12	0				7	0			
Bühne	12	0				11	0			
Lüttgenrode	15	0				11	0			
Osterwieck	24	0				17	0			
Rhoden	12	0				8	0			
Schauen	12	0				8	0			
Wülperode	11	0				9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Schwanebeck

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Schwanebeck		21	21	1	1		7	7	0	0
Groß Quenstedt		0					0			
Nienhagen		12	12	0	0		2	2	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Untere Bode

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Adersleben		0					0			
Deesdorf		0					0			
Harsleben		0				13	13	0	--	--
Rodersdorf		0					0			
Wegeleben		0				17	17	12	0	0

Landkreis Jerichower Land

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Burg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Parchau						10+1				
Ihleburg						8+1	9	9		
Schartau						9+1				
Detershagen						8+1	8	8		
Niegripp						8+1				
Burg	45	39	37	1	0	36+1	20	16	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Genthin

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Genthin	41	40	40	2	0	39	32	29	2	1
Parchen		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Gommern

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Gommern	19+1	20	20	0	0	20+1	9	6	0	0
Vehlit	9+1	0				7+1	0			
Karith	8+1	1	1			8+1	0			
Dannigkow	13+1	11	11	0	0	8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Möser

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Hohenwarthe	13	12				11	12			
Körbelitz	11	11				11	0			

Lostau	13	12				11	0			
Möser	15	0				13	13			
Pietzpuhl	7	0				9	0			
Schermen	13	0				11	0			

Landkreis Ohrekreis

Verwaltungsgemeinschaft Calvörde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Calvörde	15+1	0				12+1	0			
Berenbrock	10+1	0				8+1	0			
Dorst	13+1	0				8+1	0			
Grauingen	14+1	0				8+1	0			
Kluden	6+1	0				8+1	0			
Mannhausen	13+1	0				8+1	0			
Velsdorf	8+1	0				8+1	0			
Wegenstedt	14+1	0				8+1	0			
Wiegitz	6+1	0				7+1	0			
Zobbenitz	12+1	0				8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Elbe-Ohre

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Farsleben	8+1	0				10+1	0			
Glindenberg	9+1	0				10+1	0			
Heinrichsberg	5+1	0				8+1	0			
Loitsche	10+1	0				10+1	0			
Zielitz	19+1	19	19	0	0	13+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Hohe Börde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Irxleben		0					0			
Niederndodeleben		0					0			
Wellen		10	10	0	0		0			
Eichenbarleben		11	11	1	1		0			
Gr. Santerleben		0					0			
Ochtmersleben		0					0			
Hermisdorf		8	8	0	0		8	8	0	0
Hohenwarsleben		?					?			

Verwaltungsgemeinschaft Niedere Börde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Vahldorf		0					0			
Meseberg		14	14	0	0		0			
Jersleben		0					0			
Groß Ammensleben		20	20	1	0		0			
Klein Ammensleben		0					0			
Gutenswegen		0					0			
Dahlenwarsleben		0					12	0	--	--
Samswegen		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Nördliche Börde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ackendorf		0				6+1	0			
Bebertal		0				11+1	0			

Bornstedt		0				8+1	0			
Nordgermersleben		0				10+1	0			
Rottmersleben		0				8+1	0			
Schackensleben		0				9+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Oebisfelde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Oebisfelde		21	20	1	0		6			
Bösdorf		9					0			
Rätzlingen		11					4			
Kathendorf		9					0			
Etingen		11					0			
Eickendorf		7					0			

Verwaltungsgemeinschaft Südheide

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Born	7+1	0				7+1	0			
Colbitz	19+1	0				14+1	0			
Cröchern	10+1	0				7+1	0			
Dolle	10+1	0				10+1	0			
Hillersleben	13+1	14	0	--		10+1	11	0	--	
Neuenhofe	11+1	0				9+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Südliche Altmark/Elbe

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Angern	12	12	12	0	0	12	0			
Burgstall	10	10	9	1	0	10	0			
Mahlwinkel	10	10	9	1	1	10	0			
Rogätz	14	14	14	0	0	14	0			
Wenddorf	8	8	8	0	0	8	0			
Bertingen	8	8	8	0	0	8	0			
Sandbeiendorf	8	8	8	0	0	8	0			

Stadt Haldensleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Haldensleben	47	42	42	3	0	36+1	0			

Stadt Womirstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Wolmirstedt	31	31	31	2	1	22	22	14	2	1

Landkreis Quedlinburg

Verwaltungsgemeinschaft Gernrode/Harz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Gernrode	18+1					16+1				
Rieder	13+1					14+1				
Bad Suderode	19+1					12+1				
Friedrichsbrunn	18+1					12+1				

Stecklenberg	13+1					10+1				
--------------	------	--	--	--	--	------	--	--	--	--

Verwaltungsgemeinschaft Quedlinburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Quedlinburg										
Westerhausen										

Landkreis Schönebeck

Verwaltungsgemeinschaft Bördeland

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Biere	16+1	17	17	0	0	14+1	0			
Eggersdorf	19+1	0				12+1	0			
Welsleben	17+1	18	18	0	0	12+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Elbe-Saale-Winkel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Barby		0								
Glinde		0								
Gnadau	10+1	6	6	0	0	10+1	8	7	0	0
Pömmelte		0								
Tornitz		0								
Wespen		0								

Verwaltungsgemeinschaft EL-SA-TA-L

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Breitenhagen	12+1	13	13	0	0					
Lödderitz	10+1	11	11	0	0					
Groß Rosenberg	16+1	17	17	1	1					
Sachsendorf	6+1	7	7	0	0					
Zuchau	12+1	13	13	1	1					

Verwaltungsgemeinschaft Südliche Börde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Brumby		18	18	1	1		4	4	0	0
Förderstedt		17	17	1	0		13	13	1	1
Glöthe		19	19	0	0		8	8	0	0
Löbnitz		11	11	0	0		0			

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Calbe (Schwarz und Trabitze)

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Calbe	39+1	23	21	1	0	28+1	11	11	0	0

Landkreis Stendal

Verwaltungsgemeinschaft Altmärkische Höhe

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Ballerstedt	9	0				8	0			
Boock	9	0				8	8	8	0	0
Bretsch	18	0				11	11	10	0	0

Flessau	17	0				13	2	0	--	--
Gagel	11	0				9	9	9	0	0
Gladigau	13	0				9	9	9	0	0
Heiligenfelde	11	0				9	9	9	0	0
Kossebau	11	0				9	7	7	0	0
Lückstedt	15	0				11	8	8	0	0
Rossau	10	0				8	8	7	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Bismark

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Berkau		0								
Büste		0								
Holzhausen		0								
Könnigde		0								
Kremkau		0								
Meßdorf		0								
Stadt Bismark		0								

Verwaltungsgemeinschaft Kläden - keine Überprüfungen!

Verwaltungsgemeinschaft Havelberg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Havelberg		14	14	3	0		0			
Nitzow		11	11	1	1		0			
Jederitz		0					0			
Velgast-Kümmernitz		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Mittlere Uchte

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Baben	9	0				8	0			
Bertkow	6	0				7	0			
Goldbeck	11	0				11	0			
Groß Schwechten	10	0				11	0			
Eichstedt	7	0				8	0			
Klein Schwechten	8	0				9	0			
Walsleben	10	0				9	0			
Rochau	15	0				8	8	0		
Lindtorf	8	0				8	0			
Iden	12	0				13	0			

Verwaltungsgemeinschaft Osterburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Osterburg	27	27	27	1	0	21	21	0		
Düsedau	8	8	8	0	0	9	0			
Erxleben	12	0				10	0			
Königsmark	12	12	12	1	0	10	10	0		
Krevese	13	0				11	0			
Meseberg	10	10	10	0	0	9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Schönhausen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Fischbeck		?								
Hohengöhrn		?								

Neuermark		?								
Lübars		?								
Schollene		?								
Schönhausen		?								
Wust		?								

Verwaltungsgemeinschaft Seehausen (Altm.)

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Beuster	10+1					11+1				
Aulosen	8+1					9+1				
Falkenberg	8+1					9+1				
Geestgottberg	8+1					9+1				
Groß Garz	14+1					10+1				
Gollensdorf	10+1					8+1				
Krüden	11+1					9+1				
Lichterfelde	13+1					9+1				
Losenrade	7+1					9+1				
Losse	9+1					8+1				
Neukirchen	8+1					9+1				
Pollitz	10+1					9+1				
Schönberg	10+1					10+1				
Seehausen	17+1	16	14			17+1	10	10		
Wahrenberg	9+1					7+1				
Wanzer	7+1					8+1				
Wendemark	5+1					9+1				

Verwaltungsgemeinschaft Tangerhütte-Land

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Bellingen	9	9	9	0	0	9	0			
Birkholz	8	8	8	0	0	8	0			
Bittkau	10					10	0			
Cobbel	8	8	8	0	0	8	0			
Demker	9					9	0			
Grieben	10					10	0			
Hüselitz	9					9	0			
Jerchel	9					9	0			
Kehnert	7					7	0			
Lüderitz	13					13	0			
Ringfurth	9					9	0			
Schernebeck	8					8	0			
Schönwalde	8					8	0			
Uchtdorf	9					9	0			
Uetz	7	7	7	0	0	7	0			
Weißewarte	7					7	0			
Windberge	9					9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Tangermünde

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Tangermünde	37	37	37	2	2	29	14	14	0	0
Schelldorf	8	0				8	0			
Buch	8	0				8	8	8	0	0
Bölsdorf	9	0				9	0			

Hämerten	9	0				9	0			
Langensalzwedel	11	9	9	0	0	9	0			
Miltern	11	0				9	9	9	0	0
Grobleben	5	0				5	0			

Landkreis Wernigerode

Verwaltungsgemeinschaft Blankenburg (Harz)

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Blankenburg	30	30	30	0	0	29	22	22	0	0
Ortsteil Börnecke	6	0				6	0			
Cattenstedt	10	0				11	0			
Heimbürg	13	0				13	0			
Hüttenrode	13	1	1	0	0	13	0			
Timmenrode	12	0				12	0			
Wienrode	10	1	1	0	0	10	0			

Verwaltungsgemeinschaft Brocken

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Benneckenstein	15	15	15	0	0	15	7	7	0	0
Schierke	13	0				13	0			
Elend	9	9	9	0	0	9	0			
Tanne	11	0				11	11	11	0	0
Sorge	8	8	8	0	0	8	8	8	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Derenburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Derenburg	14+1	15	15	0	0					
Heuderber	11+1	0								
Redderber	7+1	0								

Verwaltungsgemeinschaft Hochharz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Allrode	19	17	17	0	0	10+1	11	11	0	0
Altenbrak	11	11	11	0	0	8+1	9	9	0	0
Hasselfelde	19	19	19	0	0	14+1	15	15	1	1
Stiege	19	19	19	0	0	10+1	0			
Trautenstein	12	12	12	0	0	9+1	10	10	0	0
Treseburg	6	0				7+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Ilsenburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ilsenburg	20	20	20	0	0	20+1	7	7	0	0
Drübeck	13	0				12+1	0			
Darlingerode	13	0				12+1	0			

Stadt Wernigerode

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Wernigerode		46	41	2	0		17	0		
Benzingerode		2	0							

Minsleben		1	0							
Silstedt		2	0							

Regierungspräsidium Halle

Landkreis Burgenlandkreis

Verwaltungsgemeinschaft An der Finne

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Burgholzhausen	6+1	7	7	0	0	8+1	5	5	0	0
Herrengosserstedt	11+1	0				8+1	0			
Taugwitz	13+1	14	14	0	0	10+1	1	1	0	0
Tromsdorf	7+1	0				8+1	0			
Wischroda	13+1	13	13	0	0	8+1	4	4	0	0
Eckartsberga	20+1	21	21	0	0	12+1	9	9	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Bad Kösen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bad Kösen	29	35	35	0	0	21	7	7	1	0
Möllern	9	0				9	0			
Klosterhäseler	10	0				10	0			
Spielberg	9	0				9	0			
Crölpa-Lobschütz	11	0				11	0			
Leislau	9	0				9	6	6	0	0
Prießnitz	9	0				9	0			
Janisroda	9	0				9	0			
Abtlöbnitz	7	0				7	0			

Verwaltungsgemeinschaft Droyßiger-Zeitzer Forst

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bergisdorf	9	0				8+1	0			
Breitenbach	7	0				8+1	0			
Döschwitz	12	12	?			10+1	0			
Droyßig	19	19	?			12+1	0			
Grana	13	13	13	0	0	10+1	0			
Haynsburg	11	0				10+1	0			
Kretzschau	14	0				12+1	0			
Schellbach	13	0				10+1	0			
Weißenborn	12	0				10+1	0			
Wetterzeube	18	18	?			12+1	13	13	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Elsteraue

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bornitz	15	0				10+1	0			
Draschwitz	11	0				9+1	0			
Göbitz	10	0				8+1	0			
Könderitz	11	0				10+1	0			
Profen	17	0				8+1	0			
Reuden	9	0				8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Freyburger Land

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Balgstädt	13	1	1	0	0	11	11	11	0	0
Baumersroda	8	1	1	0	0	6	6	6	0	0

Ebersroda	7	1	1	0	0	6	6	6	0	0
Freyburg	19	26	26	3	3	17	14	14	0	0
Gleina	16	0		0	0	13	13	13	1	0
Größnitz	10	1	1	0	0	8	7	7	0	0
Pödelist	8	1	1	0	0	7	0	0	0	0
Schleberoda	7	2	2	0	0	7	7	6	0	0
Zeuchfeld	6	6	6	0	0	9	4	4	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Heidegrund

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Goldschau	8	0				8+1	0			
Kleinhelmsdorf	8	0				8+1	0			
Meineweh	12	0				9+1	0			
Unterkaka	8	0				8+1	0			
Waldau	14	0				7+1	0			
Weickelsdorf	15	0				8+1	0			
Osterfeld	17	0				12+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Laucha an der Unstrut

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Laucha	17	17	17	2	0	17	6	6	1	0
Burgscheidungen	9	9				9				
Burkersroda	9	9				9	5	5	0	0
Golzen	9	9				9				
Hirschroda	9	9				9				
Kirchscheidungen	9	9				9				

Thalwinkel	7	7				7				
Weischütz	8	8				8				

Verwaltungsgemeinschaft Maibach-Nödlitztal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Deuben	15	15	?			12	0			
Döbris	6	0				5	0			
Luckenau	14	0				11	0			
Nonnewitz	19	19	?			11	0			
Theißen	17	0				15	0			

Verwaltungsgemeinschaft Mittlere Unstrut

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Nebra	20	20	20	1	1	17	17	16	0	0
Karsdorf	14	14	14	0	0	16	0			
Wangen	8	0				8	0			
Reinsdorf	14	14	14	1	0	9	0			
Wohlmirstedt	17	17	0			13	0			
Memleben	16	0				8	0			

Verwaltungsgemeinschaft Wethautal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Mertendorf	15	0				10	0			
Gieckau	8	0				7				
Görschen	10	0				10	0			
Löbitz	14	0				11	0			

Wethau	14	0				10	0			
Utenbach	9	0				9	0			
Pretzsch	9	0				9	0			
Stößen	15	0				12	0			
Schönburg	19	0				13	0			
Casekirchen	11	0				9	0			
Molau	15	0				11	0			

Verwaltungsgemeinschaft Dreiländereck

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Tröglitz	19+1	?				14+1	0			
Rehmsdorf	13+1	?				10+1	0			
Spora	12+1	?				11+1	0			
Langendorf	12+1	?				10+1	0			

Stadt Naumburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Naumburg	49	49	49	4	3	41	0			

Stadt Zeitz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Zeitz	39+1	40	40	0	0	40+1	23	22+1	0	0

Landkreis Mansfelder Land

Verwaltungsgemeinschaft Am Hornburger Sattel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Schmalzerode	7+1	?				8+1	5	0		
Bornstedt	12+1	?				10+1	10	2	0	0
Bischofrode	9+1	?				10+1	7	1	0	0
Hornburg	12+1	?				8+1	9	0		
Rothenschirmbach	11+1					10+1	?			
Osterhausen	16+1					11+1	11	10	0	0
Wolferode	13+1					11+1	8	1	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Einetal-Vorharz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Alterode	8+1	0								
Arnstedt	10+1	11	10	0	0					
Bräunrode	10+1	0								
Harkerode	7+1	8	8	0	0					
Greifenhagen	7+1	0								
Stangerode	6+1	0								
Sylda	10+1	0								
Ulzigerode	7+1	0								
Quenstedt	10+1	0								
Welbsleben	10+1	11	11	1	0					

Verwaltungsgemeinschaft Lutherstadt Eisleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Eisleben	50	50	50	2	1	36	15	15	0	0
Volkstedt		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Gerbstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Freist	5+1	0				8+1	0			
Friedeburg	10+1	0				10+1	0			
Friedeburgerhütte	11+1	0				6+1	0			
Heiligenthal	14+1	0				12+1	0			
Ihlewitz	9+1	0				8+1	0			
Welfesholz	7+1	0				8+1	0			
Zabenstedt	10+1	0				8+1	0			
Stadt Gerbstedt	18+1	19	0			16+1				

Verwaltungsgemeinschaft Klostermansfeld

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Annarode	10+1	0								
Benndorf	14+1	0								
Klostermansfeld	16+1	0								
Siebigerode	10+1	0								

Verwaltungsgemeinschaft Mansfeld

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Mansfeld	24	23	?			17	0			
Großörner	19	18	18	1	0	16	10	10	1	0
Vatterode	14	0				9	0			
Biesenrode	8	7	7	0	0	9	0			
Gorenzen	10	0				7	0			
Möllendorf	11	0				11	0			
Piskaborn	10	0				8	0			

Verwaltungsgemeinschaft Mansfelder Grund - Helbra

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ahlsdorf	13	0				13	0			
Helbra	17	17	17	0	0	20	14	14	1	0
Hergisdorf	15	0				15	14	14	0	0
Wimmelburg	13	13	13	0	0	13	13	13	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Hettstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Hettstedt		28	28	1	0		28	28		
Walbeck		0					12	12	1	0
Ritterode/Meisberg		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Sandersleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Wiederstedt	13+1	0				11+1	0			
Stadt Sandersleben	14+1	14	14	0	0	15+1	15	15	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Wippra

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Wippra	13	0				13	12	12	0	0
Braunschwend	13	0				10	0			
Abberode	10	0				9	0			
Friesdorf	8	0				9	0			
Molmerswende	7	0				7	0			
Hermerode	6	0				8	0			
Ritzgerode	6	0				7	0			

Landkreis Merseburg-Querfurt

Verwaltungsgemeinschaft Bad Dürrenberg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bad Dürrenberg		30	30	0	0		27	0		
Tollwitz		0					8	0		
Oebles-Schlechtewitz		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Kötzschau

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Friedensdorf	8+1	9	9	0	0		9	9	0	0
Günthersdorf	8+1	0					6	6	0	0
Horburg-Maßlau	8+1	0					6	6	0	0
Kötschlitz	8+1	0					6	6	0	0
Kötzschau	12+1	13	13	1	1		10	10	0	0
Kreypau	9+1	10	10	1	1		9	9	0	0
Luppenau	8+1	9	9	0	0		8	8	0	0
Nempitz	8+1	9	9	0	0		6	6	0	0
Rodden	8+1	0					5	5	0	0
Wallendorf	10+1	11	11	0	0		8	8	0	0
Zöschen	10+1	11	11	0	0		11	0		
Zweimen	8+1	9	9	0	0		7	7	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Laucha-Schwarzeiche

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Schafstädt						13+1	0			
Klobikau						10+1	0			
Milzau						14+1	0			
Delitz a. Berge						9+1	0			
Knapendorf						8+1	0			
Großgräfendorf						6+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Merseburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Merseburg	55+1	55	?	?	?	40+1	40	0		
Beuna	10+1	0				10+1	0			
Geusa	10+1	0				10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Oberes Geiseltal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Mücheln	21	21	21	1	0	21	10	10	0	0
Albersroda	13	13	13	3	3	11	6	6	0	0
Branderoda	15	0				9	0			
Gröst	15	15	15	0	0	11	0			
Krumpa	13	13	13	0	0	13	0			
Langeneichstädt	17	17	17	0	0	13	7	7	0	0
Oechlitz	13	13	13	0	0	11	0			
Wünsch	11	11	11	1	1	11	0			

Verwaltungsgemeinschaft Unteres Geiseltal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Braunsbedra	21	15	14	0	0	21	14	14	1	1
Roßbach	11	13	13	1	1	11	8	8	1	0
Frankleben	11	0				11	10	10	0	0
Großkayna	13	0				13	14	14	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Weitzschker - Weidatal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Alberstedt	11	0				8	0			
Farnstedt	17	17	17	0	0	13	13	13	0	0
Esperstedt	12	11	11	1	0	11	11	11	0	0
Schraplau	15	15	15	1	1	13	20	7	1	1

Stadt Bad Lauchstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bad Lauchstedt		20	20	1	1		7	7	0	0

Stadt Leuna

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Leuna	30+1	30	30	2	2	20+1	20	20	0	0

Stadt Querfurt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Querfurt		0					0			

Landkreis Saalkreis

Verwaltungsgemeinschaft Landsberg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Schwerz	9+1					7+1				
Sietzsch	10+1					10+1				
Spickendorf	10+1					10+1				

Stadt Landsberg	18+1					16+1				
-----------------	------	--	--	--	--	------	--	--	--	--

Verwaltungsgemeinschaft Saalkreis Ost

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Brachstedt		?					?			
Braschwitz		?					?			
Hohenthurm		?					?			
Niemberg		?					?			
Peißen		?					?			
Oppin		?					?			
Reußen		?					?			

Landkreis Sangerhausen

Verwaltungsgemeinschaft Allstedt

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Allstedt	15	0				17	16	16	?	?
Katharinenrieth	11	0				8	0			
Mittelhausen	13	0				9	0			
Nienstedt	11	0				8	0			
Niederröblingen	13	0				8	0			
Winkel	11	0				9	0			
Wolferstedt	13	0				9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Helme

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Martinsrieth	10	0				8+1	0			
Hackpfuffel	9	0				8+1	1	9	0	0
Brücken	15	0				9+1	1			
Riethnordhausen	16	0				10+1	0			
Wallhausen	21	0				13+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Sangerhausen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Sangerhausen	36	36	36	0	0	40+1	41	41	0	0
Oberröblingen	15	0				12+1	12	12	0	0
Edersleben	15	0				10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Stolberg/Harz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Breitenstein	11	0				9	0			
Rottleberode	17	17	17	1	0	13	13	13	0	0
Schwenda	10	0				11	11	11	0	0
Stadt Stolberg / Harz	15	15	15	1	1	13	13	13	0	0
Uftrungen	15	15	15	0	0	13	0			

Landkreis Weißenfels

Verwaltungsgemeinschaft Stadt Hohenmölsen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Stadt Hohenmölsen	21	21	21	1	1					
Großgrimma	10	0								
Webau	13	0								
Werschen	10	0								
Zembschen	8	0								

Verwaltungsgemeinschaft Teuchern Land

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Gröben		10	0							
Krauschwitz										
Nessa										
Schelkau										
Trebnitz										
Stadt Teuchern		18	0							

Verwaltungsgemeinschaft Uichteritz

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rüchl	Belas	Nieder
Goseck	14+1	15	15	0	0	12+1	0			
Markwerben	11+1	12	12	1	0	10+1	7	7	0	1
Storkau	11+1	12	12	0	0	10+1	0			
Uichteritz	14+1	0	0	0	0	12+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Vier Berge

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Langendorf	17+1	19	19	2	0	13+1	14	13	2	0
Leißling	10+1	0				12+1	0			
Prittitz	14+1	0				10+1	0			
Gröbitz	12+1	0				9+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Wiesengrund

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Dehlitz	14+1	0				10+1	11	11	0	0
Granschütz	18+1	19	19	1	0	12+1	0			
Muschwitz	18+1	0				12+1	0			
Taucha	14+1	0				10+1	0			
Zorbau	14+1	0				10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Weißenfels

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Weißenfels	35+1	42	38	2	2	40+1	28	28	0	0
Borau	9+1	0				7+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Großkorbetha

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Großkorbetha				1						
Burgwerben				0			7		1	
Reichardtswerben	14	14	14	1		12	10	12		

Schkortleben				1		10		10		
Tageswerben				0						
Wengelsdorf				0						

Stadt Halle

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Halle	160	160	160	6	6	56	41	41	0	0

Regierungspräsidium Dessau

Landkreis Anhalt-Zerbst

Verwaltungsgemeinschaft Coswig

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Buko	7+1	0				6+1	0			
Cobbelsdorf	10+1	10	10	0	0	10+1	7	0		
Düben	9+1	9	9	0	0	8+1	0			
Griebo	10+1	0				10+1	0			
Klieken	13+1	0				12+1	13	1	0	0
Köselitz	7+1	0				6+1	6	6	0	0
Möllensdorf	7+1	0				6+1	0			
Senst	8+1	0				8+1	9	9	0	0
Wörpen	8+1	0				7+1	8	8	1	1
Zieko	8+1	0				8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Loburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Loburg	17+1	18	18	1		14+1	13	0		
Hobeck	10+1	0				10+1	0			
Ladeburg	7+1	8	8	0	0	7+1	0			
Leitzkau	11+1	12	12	0	0	10+1	0			
Rosian	10+1	0				10+1	0			
Schweinitz	8+1	0				8+1	0			
Zeppernik	10+1	0				10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Oranienbaum

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Oranienbaum	19					17				
Brandhorst	6					9				
Horstdorf	11					11				
Kaku	8					9				
Griesen	11					9				

Verwaltungsgemeinschaft Rosseltal

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bräsen	7+1									
brambach	6+1									
Hundeluft	6+1									
Jeber-Bergfrieden	8+1									
Luko	6+1									
Mühlstedt	8+1									

Ragösen	6+1									
Serno	7+1									
Stackelitz	8+1									
Streetz	6+1									
Thießen	7+1									

Verwaltungsgemeinschaft Vorfläming

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Lindau	7	7	7	0	0					
Bornum										
Buhendorf										
Deetz										
Dobritz										
Grimme										
Nedlitz										
Polenzko										
Reuden										
Straguth										
Zernitz										

Verwaltungsgemeinschaft Wörlitzer Winkel

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Wörlitz	12+1	12	17	0	0		12	0		
Vockerode	12+1	0					0			
Riesigk	8+1	0					0			
Gohrau	6+1	0					0			

Rehsen	8+1	0					0			
--------	-----	---	--	--	--	--	---	--	--	--

Stadt Roßlau

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Roßlau	41	41	41	4	2	29	29	29	3	3

Stadt Zerbst

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Zerbst										

Landkreis Bernburg

Verwaltungsgemeinschaft Alsleben

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Beesenlaublingen	16	16	16	0	0	14	7	7	0	0
Belleben	11	11	11	0	0	12	4	4	0	0
Plötzkau	11	11	11	0	0	10	2	2	0	0
Schackstedt	11	11	11	0	0	11	3	3	0	0
Strenznaundorf	9	9	9	0	0	9	4	4	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Bernburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Satdt Bernburg										
Aderstedt	12+1	13	12	3	0	9+1	0			
Gröna	10+1	11	11	0	0	10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Bernburg Land

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Baalberge		83	83							
Biendorf		31	31							
Cörmigk		19	19							
Edlau		19	18							
Gerlebogk		7	7							
Peißen		30	30							
Poley		26	26							
Preußlitz		0	0							
Wiendorf		0	0							
Wohlsdorf		31	20							

Verwaltungsgemeinschaft Könnern

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Könnern	19	19	19	0	0	17	0			
Lebendorf	12	12	12	0	0	11	0			
Zickeritz	9	9	9	0	0	9	0			
Golbitz	9	9	9	0	0	8	0			
Trebnitz	10	9	10	0	0	9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Wipperaue

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Güsten	13+1					16+1	0			
Ilberstedt	21+1					12+1	0			

Landkreis Bitterfeld

Verwaltungsgemeinschaft Am Strengbach

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Brehna	19+1	20	20	0	0	14+1	0			
Roitzsch	19+1	20	20	0	0	14+1	0			
Glebitzsch	14+1	2	2	0	0	9+1	0			
Petersroda	6+1	0				8+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Jeßnitz-Bobau

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bobbau	14+1	14	14	2	1	12+1	7	7	1	0
Jeßnitz	19+1	19	19	0	0	16+1	17	17	1	0

Verwaltungsgemeinschaft Raguhn

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Altjeßnitz	15	0				9	0			
Retzau	8	0				9	0			
Marke	7	0				7	0			
Schierau	14	0				11	0			
Tornau v. d. Heide	12	0				8	0			
Thurland	8	0				8	0			
Stadt Raguhn	20	20	20	0	0	15	7	7	0	0

Verwaltungsgemeinschaft Sandersdorf

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Heideloh		0								
Ramsin	14+1	15		0	0				0	0
Renneritz		?								
Sandersdorf	24+1	25	10	2	2				0	0
Zscherndorf	12+1	13	4	0	0				0	0

Verwaltungsgemeinschaft Wolfen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Wolfen	57+2	58	58	0	0	40+2	27	27	0	0
Gemeinde Thalheim	16+1	16	16	0	0	10+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Zörbig

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Zörbig	22	22	22			17	0			
Großzöberitz	10	10	10			9	0			
Rödgen	13	2	2			8	0			
Götnitz	11	11	11			7	0			
Stumsdorf	8	8	8			10	0			
Löberitz	17	17	17			13	0			
Salzfurkapelle	14	0	0			9	0			
Quetzdölsdorf	11	11	11			9	0			
Spören	11	11	11			11	0			
Schrenz	12	12	12			11	0			

Gemeinde Greppin

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Gemeinde Greppin	20+1	21	21	1	0	16+1	0			

Stadt Bitterfeld

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Bitterfeld	45	53	53	1	1	29	0			

Landkreis Köthen

Verwaltungsgemeinschaft Anhalt Süd

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Cosa						0				
Cösitz						0				
Glauzig						0				
Gnetsch						0				
Görzig						0				
Libehna						0				
Prosigk		9	9	0	0	0				
Radegast						0				
Riesdorf						0				
Schortewitz						0				
Trebbichau a. d. Fuhne						0				
Weißandt-Gölzau		21	21	1	1	0				
Zehbitz						0				

Verwaltungsgemeinschaft Köthen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Köthen	43+1	44	44	2	2	40+1	0			
Arendsdorf	8+1	0				8+1	0			
Baasdorf	8+1	0				7+1	0			

Landkreis Wittenberg

Verwaltungsgemeinschaft Annaburg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Annaburg	24	24	24	1	0	17	0			
Groß-Naundorf	10	0				11	0			
Bethau	11	0				9	0			
Purzien	8	8	8	0	0	9	0			

Verwaltungsgemeinschaft Bergwitzsee

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Bergwitz		16	16	0	0		11	0		
Radis		0					13	13	0	0
Rotta		0					0			
Schleesen		0					11	11	0	0
Selbitz		0					0			
Uthausen		0					0			

Verwaltungsgemeinschaft Elster-Seyda-Klößen

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Elster										
Gadegast										
Gentha										
Klößen										
Listerfehrda										
Mellnitz										
Morxdorf										
Nauendorf bei Seyda										
Rade										
Schützberg										
Stadt Seyda										
Zemnik										

Verwaltungsgemeinschaft Heideck-Prettin

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Prettin	20	17	17			14	0	0		
Axien	15	13	13			10	3	3		
Lebien	15	0	0			9	13	13		
Plossig	11	11	11			9	0	0		
Labrun	10	10	10			9	0	0		

Verwaltungsgemeinschaft Kemberg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Ateritz										

Dabrun										
Dorna										
Eutzsch										
Rackith										
Wartenburg										
Stadt Kemberg										

Verwaltungsgemeinschaft Mühlengrund

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Abtsdorf	11+1	0				12+1	0			
Bülzig	14+1	14	14	0	0	10+1	0			
Dietrichsdorf	10+1	0				7+1	0			
Mühlanger	14+1	0				10+1	0			
Zörnigall	13+1	14	14	0	0	12+1	0			

Verwaltungsgemeinschaft Südfläming

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Boßdorf	13+1	0				9+1	9			
Mochau	8+1	0				7+1	0			
Nudersdorf	15+1	16	16	0	0	12+1	12	12	0	0
Schmilkendorf	12+1	0				8+1	0			
Straach	16+1	13	16	0	0	12+1	0			

Stadt Wittenberg

	1. WP					2. WP				
Mitgliedsgemeinden	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder	Ge+Bü	Anträ	Rückl	Belas	Nieder
Stadt Wittenberg		62	62	2	1		25	23		

Von den 214 Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt haben sich 142 zu der Überprüfung der Gemeinderäte in den Verwaltungsgemeinschaften geäußert, das sind 66 %.

Bezogen auf diese Zahl von 142 Verwaltungsgemeinschaften ergeben sich folgende Zahlen:

Auskünfte wurden erteilt über 821 Gemeinden
 Überprüfungen 1. Wahlperiode 283 (34 %)
 Überprüfungen 2. Wahlperiode 183 (22 %)

In der Tabelle bedeuten:

leere Felder keine Angaben aus der VWG
 Striche in den Feldern keine Angaben zu dem Teil
 Fragezeichen unklare Auskünfte

2.1.3.5. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften

Erläuterungen zu den Abkürzungen in den Tabellen:

Mitar Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungsgemeinschaft
 Anträ Anzahl der seit der Gründung der Verwaltungsgemeinschaft eingereichten Anträge auf Überprüfung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Bundesbeauftragten
 Letzt Letzte Antragstellung
 Rückl Anzahl der eingegangenen Mitteilungen des Bundesbeauftragten (Rückläufe) (Rückl = Belas + Entla + Nicht)
 Ausst Anzahl der noch ausstehenden Mitteilungen
 Belas Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer belastenden Auskunft (Belas = Beend + Weit. + Offen)
 Entla Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entlastender Auskunft
 Nicht Anzahl der noch nicht bearbeiteten eingegangenen Mitteilungen
 Beend Anzahl der wegen Belastung beendeten Arbeitsverhältnisse
 Weit. Anzahl der Weiterbeschäftigungen
 Offen Anzahl der noch offenen Entscheidungen

Aus Platzgründen wurden nur die Verwaltungsgemeinschaften in die Tabelle aufgenommen, die sich zu den Fragen geäußert haben. Die Zahlenangaben beruhen auf Angaben der Verwaltungsgemeinschaften, die zum Teil bei Unklarheiten durch Rückfragen erläutert wurden.

Regierungspräsidium Magdeburg

Landkreis: Altmarkkreis Salzwedel

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Altmark Mitte	51	51	1997	50	1	2	48	0	2	0	0
Arendsee/Altmark und Umgebung	69	69	--	69	0	2	67	0	2	0	0
Beetzendorf	23	23	1995	23	0	0	23	0	0	0	0
Diesdorf-Dähre	22	36	--	36	0	3	33	0	2	1	0
Ohre-Jeetze-Drömling	70	3	--	3	0	0	3	0	0	0	0
Mieste	23	21	--	21	0	0	21	0	0	0	0
Salzwedel	365	323	8/95	303	20	7	296	0	7	0	0
Gardelegen	148	37	1994	37	0	0	37	0	0	0	0

Landkreis: Aschersleben-Staßfurt

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Bördeblick	34	34	1997	34	0	0	34	0	0	0	0
Hoym-Nachterstedt	32	32	--	32	0	0	32	0	0	0	0
Wippertal	23	26	1996	26	0	0	26	0	0	0	0

Landkreis: Bördekreis

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Bodeaue	24	24		24	0	2	22	0	1	0	1
Börde	27	7	5/97	6	1	0	6	0	0	0	0
Hamersleben	29	23	--	23	0	1	22	0	1	0	0
Hötenslebener Winkel	15	7	1995	7	0	0	7	0	0	0	0
Oschersleben	175	331	1995	330	1	8	322	0	4	4	0
Ost-Lappwald	21	22	4/96	22	0	0	22	0	0	0	0
Wefensleben	40	1	1993	1	0	1	0	0	1	0	0

Landkreis: Halberstadt

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Aue-Fallstein	24	25	1995	25	0	0	25	0	0	0	0
Harzvorland-Huy	21	23	1997	20	3	2	18	0	0	2	0
Huy	42	42	1994	42	0	0	42	0	0	0	0
Osterwieck	44	44	1997	31	13	0	31	0	0	0	0
Schwanebeck	86	68	--	68	0	1	67	0	1	0	0

Landkreis: Jerichower Land

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Burg	390	273	6/97	234	39	6	228	0	3	3	0
Stadt Genthin	254	169	--	169	0	7	162	0	3	4	0
Stadt Gommern	53	47	1996	47	0	1	46	0	1	0	0
Möser	29	29	1993	29	0	0	29	0	0	0	0

Landkreis: Ohrekreis

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Calvörde	16	19	1993	19	0	0	19	0	0	0	0
Elbe-Ohre	52	73	1993	73	0	0	73	0	0	0	0
Hohe Börde	42	35	--	35	0	1	34	0	0	0	1
Niedere Börde	90	110	--	110	0	0	110	0	0	0	0
Nördliche Börde	20	20	1994	18	2	0	18	0	0	0	0
Oebisfelde	116	144	--	144	0	3	141	0	1	2	0
Südheide	25	25	1994	25	0	0	25	0	0	0	0
Südliche Altmark	21	21	--	21	0	1	20	0	1	0	0
Stadt Haldensleben	263	407	1997	406	1	2	404	0	2	0	0
Stadt Wolmirstedt	189	288	1994	287	1	9	279	0	5	4	0

Landkreis: Quedlinburg

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Gernrode	78	13	--	13	0	0	13	0	0	0	0
Stadt Quedlinburg	417	700	1997	699	1	14	685	0	11	3	0

Landkreis: Schönebeck

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Bördeland	33	28	--	28	0	0	28	0	0	0	0
Elbe-Saale-Winkel	121	121	10/9	121	0	0	121	0	0	0	0
EL-SA-TA-L	19	19	1993	19	0	0	19	0	0	0	0
Südliche Börde	56	56	--	56	0	1	55	0	1	0	0
Stadt Calbe / Saale	123	312	7/96	312	0	1	310	0	1	0	0

Landkreis: Stendal

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Altmarkische Höhe	24	27	3/96	27	0	2	25	0	0	2	0
Bismark (Altmark)	58	1	--	1	0	0	1	0	0	0	0
Havelberg	224	219	--	219	0	4	215	0	0	4	0
Mittlere Uchte	21	0									
Osterburg	114	251	5/95	216	0	5	211	0	3	1	1
Schönhausen	26	24	--	24	0	1	23	0	1	0	0
Seehausen	41	46	1993	46	0	3	43	0	2	1	0
Tangerhütte Land	30	29	1995	29	0	1	28	0	1	0	0
Stadt Tangermünde	101	267	--	267	0	1	266	0	1	0	0

Landkreis: Wernigerode

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rüchl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Blankenburg	278	159	12/93	159	0	4	155	0	3	1	0
Brocken	24	15	--	15	0	0	15	0	0	0	0

Derenburg	76	38	1994	38	0	1	37	0	0	1	0
Hochharz	31	31	1996	31	0	1	30	0	0	1	0
Ilseburg	89	89	1995	89	0	4	85	0	1	3	0
Wernigerode	959	221	--	206	2	7	199	0	0	7	0

Regierungspräsidium Halle

Landkreis: Burgenlandkreis

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
An der Finne	25	20	7/95	20	0	0	20	0	0	0	0
Bad Kösen	78	98	--	96	2	1	93	2	1	0	0
Droyßiger-Zeitzer-Forst	33	29	1997	27	2	0	27	0	0	0	0
Elsteraue	20	20	1995	19	1	0	19	0	0	0	0
Stadt Freyburg	112	124	--	124	0	4	120	0	1	3	0
Heidegrund	32	40	1995	40	0	0	40	0	0	0	0
Stadt Laucha	45	50	4/96	50	0	2	48	0	0	1	0
Maibach-Nödlitztal	72	17	--	1	16	1	0	0	1	0	0
Mittlere Unstrut	35	11	1996	11	0	0	11	0	0	0	0
Wethautal	27	25	--	25	0	0	25	0	0	0	0
Dreiländereck	26	26	7/96	26	0	0	26	0	0	0	0
Stadt Naumburg	380	772	1997	772	0	18	754	0	18	0	0
Stadt Zeitz	617	746	1997	732	7	10	722	0	6	4	0

Landkreis: Mansfelder Land

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Am Hornburger Sattel	26	26	1996	12	14	0	12	0	0	0	0
Einetal-Vorharz	22	23	1995	23	0	1	22	0	1	0	0
Lutherstadt Eisleben	418	505	3/97	503	2	6	497	0	3	3	0
Gerbstedt	29	43	11/94	43	0	1	42	0	1	0	0

Klostermansfeld	26	24	1995	24	0	1	23	0	0	0	1
Mansfeld	32	12	1997	11	1	2	9	0	2	0	0
Mansfelder Grund-Helbra	176	176	1996	176	0	0	176	0	0	0	0
Stadt Hettstedt	272	128	--	128	0	1	127	0	1	0	0
Sandersleben	17	12	--	12	0	0	12	0	0	0	0
Wippra	21	17	1994	17	0	0	17	0	0	0	0

Landkreis: Merseburg-Querfurt

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Bad Dürrenberg	239	239	1993	238	1	3	235	0	1	2	0
Kötzschau	30	30	--	30	0	0	30	0	0	0	0
Laucha-Schwarzeiche	26	0									
Stadt Merseburg	584	0									
Stadt Mücheln	60	8	1995	7	1	0	7	0	0	0	0
Unteres Geiseltal	140	215	1997	215	0	3	212	0	2	1	0
Weitzschker-Weidatal	58	49	7/97	26	23	0	26	0	0	0	0
Stadt Bad Lauchstedt	58	80	1997	79	1	0	79	0	0	0	0
Stadt Querfurt	120	191	8/97	191	0	3	188	0	1	2	0

Landkreis: Saalkreis

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Landsberg	20	20	--	20	0	0	20	0	0	0	0
Saalkreis Ost	23	22	3/97	22	0	0	22	0	0	0	0

Landkreis: Sangerhausen

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Allstedt	26	27	2/95	27	0	1	26	0	1	0	0
Helme	20	18	11/9	18	0	1	17	0	0	1	0
Stadt Sangerhausen	--	919	11/9	794	125	14	780	0	11	3	0

Stolberg / Harz	24	24	1997	23	1	0	23	0	0	0	0
-----------------	----	----	------	----	---	---	----	---	---	---	---

Landkreis: Weißenfels

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Hohenmölsen	43	11	--	11	0	0	11	0	0	0	0
Teuchern Land	31	16	--	16	0	1	15	0	0	1	0
Uichteritz	16	10	1995	10	0	1	9	0	1	0	0
Vier Berge	20	24	11/93	24	0	0	24	0	0	0	0
Wiesengrund	20	8	1997	5	3	0	5	0	0	0	0
Stadt Weißenfels	566	860	1992	850	10	14	836	0	2	10	0
Großkorbetha	24	24	1995	24	0	0	24	0	0	0	0

Landkreis: Stadt Halle (siehe unter Landkreise)

Regierungspräsidium Dessau

Landkreis: Anhalt-Zerbst

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Coswig	168	203	1997	202	1	4	198	0	2	2	0
Stadt Loburg	49	75	--	56	19	2	54	0	0	2	0
Oranienbaum	25	0									
Rosseltal	49	45	1996	41	4	0	41	0	0	0	0
Vorfläming	87	8	1996	8	0	0	8	0	0	0	0
Stadt Lindau		7	1996	7	0	0	7	0	0	0	0
Wörlitzer Winkel	25	18	1994	14	1	0	14	0	0	0	0
Roßlau	151	349	--	344	5	5	339	0	5	0	0
<i>Roßlau (Zweitersuchen)</i>	<i>151</i>	<i>159</i>	<i>1997</i>	<i>151</i>	<i>8</i>	<i>0</i>	<i>151</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Stadt Zerbst	180	423	1996	416	7	7	396	0	5	2	0

Landkreis: Bernburg

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Alsleben	57	57	1993	53	4	0	53	0	0	0	0
Stadt Bernburg											
Bernburg Land	44	44	1998	31	13	0	31	0	0	0	0
Stadt Könnern	26	27	--	27	0	2	25	0	2	0	0
Wipperaue	31	30	--	30	1	0	30	0	0	0	0

Landkreis: Bitterfeld

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Am Strengbach	26	24	--	14	10	0	14	0	0	0	0
Jeßnitz Bobbau	20	6	1997	6	0	0	6	0	0	0	0
Raguhn	24	20	1994	20	0	0	20	0	0	0	0
Sandersdorf	281	281	1994	281	0	2	279	0	?	?	?
Stadt Wolfen	596	717	9/96	688	29	0	688	0	0	0	0
Zörbig	42	1	--	1	0	0	1	0	0	0	0
Greppin	57	11	1992	11	0	0	11	0	0	0	0
Stadt Bitterfeld	197	236	10/9	104	132	6	98	0	6	0	0

Landkreis: Köthen

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Anhalt Süd	30	29	--	29	0	0	29	0	0	0	0
Stadt Köthen	724	724	--	564	160	7	557	0	?	?	?

Landkreis: Wittenberg

Verwaltungsgemeinschaft	Mitar	Anträ	Letzt	Rückl	Ausst	Belas	Entla	Nicht	Beend	Weit.	Offen
Stadt Annaburg	42	51	--	50	1	1	49	0	0	1	0
Bergwitzsee	30	104	--	104	0	2	102	0	1	1	0
Elster-Seyda-Klößen	30	28	--	28	0	2	26	0	0	2	1
Heideck-Prettin	21	21	1993	21	0	0	21	0	0	0	0

Kemberg	28	34	--	34	0	2	32	0	1	1	0
Mühlengrund	20	19	--	18	1	0	18	0	0	0	0
Südfläming	15	8	1995	8	0	0	8	0	0	0	0
Stadt Dessau (siehe unter Landkreise)											
Stadt Wittenberg	687	768	--	709	38	28	681	0	12	16	0

Von den 214 Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt haben 137 bis zum Redaktionsschluß geantwortet. Das sind 64 % der Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt und damit 13 % weniger als auf die Anfragen zum 3. Tätigkeitsbericht 1997 geantwortet haben. 1997 waren die Verwaltungsgemeinschaften zum ersten Mal angefragt worden.

Bezogen auf die Zahl von 137 ergeben sich:

Beschäftigte bei den VWG's:	15.758 (31.12.1997)
Anträge an den Bundesbeauftragten:	11.571
Keine Überprüfungsanträge:	4.187 (26 % d. Beschäftigten)
Belastende Auskünfte:	269 (2,3 % der Anträge)
Beendete Arbeitsverhältnisse:	151 (56 %)
Weiterbeschäftigung:	97 (36%)
Offene Entscheidungen u. keine Angaben:	20 (8 %)

87 der VWG's äußerten sich zu dem Datum der letzten Antragstellung. Im Ergebnis haben 39 von den 87 VWG's 1996 oder 1997 Anträge an den Bundesbeauftragten gestellt. Ob es sich dabei um Zweitanträge oder Anträge auf Neueinstellungen handelt, wurde nicht genau vermittelt. Im Fall der VWG Roßlau wurden 1997 nachweislich 151 Zweiersuchen gestellt.

2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten

Der Bundesbeauftragte erteilt die Auskünfte aus den bereits erschlossenen Unterlagen. Ein Teil der überlieferten MfS-Unterlagen ist jedoch bisher nur grob gesichtet. Er wird erst nach und nach erschlossen. Gerade in diesem Bereich werden häufig weitere Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS gefunden. Die Behörde des Bundesbeauftragten ist nicht in der Lage von sich aus einmal gegebene Auskünfte zu aktualisieren. Unter Berücksichtigung dieser Sachverhalte empfiehlt sie, erneute Anfragen für die Mitarbeiter einzuleiten, zu denen der Bundesbeauftragte Mitteilungen vor dem 1.1.1996 übersandt hat. In einem Schreiben an die Landesbeauftragten hat der Bundesbeauftragte auf vier grundlegende Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 8.7.1997 zu den Sonderkündigungstatbeständen des Einigungsvertrages aufmerksam gemacht. Darin hat das Gericht die Auffas-

sung vertreten, eine inoffizielle Tätigkeit für das MfS, die bereits vor 1970 abgeschlossen war, könne keine oder jedenfalls nur äußerst geringe Bedeutung für den Fortbestand des Arbeitsverhältnisses haben. In diesen lange zurückliegenden Fällen taue eine solche Tätigkeit regelmäßig nicht mehr als Indiz für eine mangelnde Eignung. Das Gericht vertritt ferner die Auffassung, daß es in solchen Fällen dem Arbeitnehmer nicht zuzumuten sei, eine zeitlich keine Beschränkung enthaltene Frage nach Tätigkeiten für das MfS in vollem Umfang wahrheitsgemäß zu beantworten. Mit diesen Urteilen nimmt das Bundesverfassungsgericht die durch das 3. StUGÄndG in § 19, Abs. 1 StUG normierte Regelung teilweise vorweg, nach der ab dem 1. August 1998 Mitteilungen, Einsichtgewährung und Herausgabe durch den Bundesbeauftragten unterbleibt, wenn keine Hinweise vorhanden sind, daß nach dem 31.12.1975 eine inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst oder einen ausländischen Nachrichtendienst vorgelegen hat.

Der Bundesbeauftragte wird die Landesbeauftragte über die weitere Verfahrensweise unterrichten. Diese Informationen werden an die personalführenden Stellen des Landes weitergegeben. Die Behörde der Landesbeauftragten wird im Sommer 1998 zu einem Erfahrungsaustausch über die neuen Regelungen einladen.

Eine landesweit einheitliche Regelung zur Aktualisierung der Auskünfte sollte nach wie vor angestrebt werden.

2.1.5. Überprüfung von leitenden Angestellten in landeseigenen Gesellschaften auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS

Von seiten der Betroffenen wird vielfach beklagt, wie gut sich ehemalige MfS-Mitarbeiter mittlerweile im Bereich der Wirtschaft etabliert haben. Allerdings besteht hier ein erheblicher Unterschied zum Bereich des Öffentlichen Dienstes. Bei leitenden Angestellten von landeseigenen Gesellschaften in Sachsen-Anhalt, welche auch aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, könnte und sollte jedoch von den Möglichkeiten des Stasi-Unterlagengesetzes Gebrauch gemacht werden.

Die §§ 20 und 21 des StUG regeln die Verwendung von Unterlagen des MfS durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen. Hiernach ist die Überprüfung von Vorstandsmitgliedern, Geschäftsführern, Betriebsleitern oder leitenden Angestellten in Betrieben einer juristischen Person nach Maßgabe der dafür geltenden Vorschriften und mit ihrer Kenntnis auf eine inoffizielle oder offizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst möglich.

Das Ministerium der Finanzen in Sachsen-Anhalt teilte mit, daß eine generelle Überprüfung aller leitenden Angestellten der Gesellschaften mit Landesbeteiligung auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das MfS bisher nicht erfolgt. Allerdings wurden aus begründetem Anlaß Einzelfallprüfungen auch unter Ausschöpfung der Möglichkeiten des Stasi-Unterlagengesetzes durchgeführt.

2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

Die Landesbeauftragte lädt vierteljährlich Vertreter der Verbände politisch Verfolgter und der Aufarbeitungsinitiativen, welche in Sachsen-Anhalt tätig sind, zu einem Erfahrungsaustausch in die Behörde ein. Diese Veranstaltungen dienen neben dem Austausch über die Beratung betroffener Bürger vor Ort der Diskussion allgemeiner Probleme bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und der Planung gemeinsamer Vorhaben. Ein Ergebnis dieser Treffen waren zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen und Broschüren im Berichtszeitraum (siehe auch Punkt 4).

Es zeigt sich, daß sowohl bei der Erforschung des Unrechtes in der Vergangenheit als auch bei der Beratung davon betroffener Bürger auf die Arbeit dieser Verbände, die teilweise als Selbsthilfegruppen fungieren, nicht verzichtet werden kann. Ihnen gebührt unser Dank für die ehrenamtliche Arbeit, die sie trotz ihrer zum Teil sehr schlimmen Erfahrungen und häufig im fortgeschrittenen Alter leisten.

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.
- die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus Sachsen-Anhalt e. V. i. G. (Gründung Februar 1998)

Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese Vereine eine Unterstützung durch die neuzugründende Bundesstiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechtes erhalten. Das Land Sachsen-Anhalt, welches bisher die Förderung im Rahmen von Zuwendungen durch das Innenministerium und die Behörde der Landesbeauftragten gewährleistet, wird sich an der Unterstützung weiter beteiligen müssen.

2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Als Landesgedenkstätten, welche sich mit der Aufarbeitung der Geschichte von 1945 bis 1989 beschäftigen (in einem Fall zusätzlich auch mit der Geschichte vor 1945), sind in Sachsen-Anhalt zu finden:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933-1989)
2. Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewalt (von 1945-1989)
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ in Marienborn.

Das Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, dem die landeseigenen Gedenkstätten unterstehen, teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit folgendes mit:

„Die **Gedenkstätte ‘Roter Ochse’** ist in einem Teilbereich der heutigen JVA Halle/Saale untergebracht und erinnert an die Opfer der Diktaturen zwischen 1933-1989.

Im Februar 1996 wurde die Gedenkstätte, die sich noch im Aufbau befindet, vom Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt eröffnet. Das notwendige Personal wurde inzwischen eingestellt und die historische Bildungsarbeit aufgenommen. Die Herrichtung der Gedenkstätte wird - beginnend ab 1998 - in den nächsten Jahren erfolgen. Im Jahre 1997 wurde eine erste Broschüre zur Geschichte der JVA in den Jahren 1933-1945 veröffentlicht. Sie wird noch im laufenden Jahr durch eine weitere zur Hinrichtungsstätte im ‘Roten Ochsen’ (1942-1945) ergänzt werden. Für den Bereich 1950 bis 1989 laufen gegenwärtig die Forschungen. Auch hierzu wird im Jahre 1998 eine Publikation erscheinen.

Auf Grund der schwierigen Quellenlage erscheint gegenwärtig eine Erforschung der Geschehnisse in der JVA in den Jahren 1945-1950 (Ort sowjetischer Militärtribunale) nicht möglich.

Die **Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg** wurde 1994 vom Land in seine Trägerschaft übernommen. Der Gebäudekomplex wird seit 1997 schrittweise saniert. Die Arbeiten werden noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Seit 1997 wird die Geschichte der MfS-UHA wissenschaftlich erforscht. Die ersten Ergebnisse werden in einer Broschüre zur Geschichte der MfS-UHA in der Ära Ulbricht publiziert werden. Die Forschungen werden in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Seit der Eröffnung der **Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn** am 13. August 1996 haben mehr als 70 000 Besuchern aus vielen Ländern der Erde die Einrichtung besucht. Sie können sich das Gelände selbständig erschließen und sich in einer ersten kleinen Ausstellung sowie in einem Videofilm über die ehemalige Grenzübergangsstelle Marienborn informieren. Im Rahmen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit können das Grenzdenkmal Hötensleben, das Zonengrenz-Museum Helmstedt sowie das Kunstwerk ‘La Voute des Mains’ besichtigt werden.

Der Aufbau der Einrichtung ist noch nicht abgeschlossen. Es ist vorgesehen, ihn bis zur Expo 2000 abzuschließen.“

Gedenkveranstaltungen in diesen Einrichtungen ehren die Opfer politischer Gewaltherrschaft an Tagen wie dem 17. Juni, dem 13. August und dem 3. Oktober. In diesem Zusammenhang wird angeregt, den Schwerpunkt des Gedenkens am 13. August auf das Grenzdenkmal Hötensleben zu verlegen, da hier in besonderer Weise an die Opfer der innerdeutschen Grenze

gedacht wird, während die Gedenkfeiern zum 3. Oktober in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ihren Schwerpunkt haben könnten.

Zahlreiche Gespräche mit Betroffenen geben der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck, daß dem Aufbau aller drei Gedenkstätten größtes Engagement gewidmet werden sollte. Diese Einrichtungen sind für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gerade auch für die jüngere Generation von großer Bedeutung.

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

In der Regel finden die Treffen der Landesbeauftragten der Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt im monatlichen Rhythmus an wechselnden Orten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen der Erfahrungsaustausch im Umgang mit den Unterlagen des MfS, die Diskussion aktueller Probleme in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Vorbereitung gemeinsamer Veranstaltungen. Die Konferenz der Landesbeauftragten ist inzwischen eine Institution geworden, auf deren Meinungsäußerung in vielen Bereichen Wert gelegt wird.

Ein Schwerpunkt der Arbeit war im Berichtszeitraum die Vorbereitung und die Durchführung der Tagung „Zwischen Hoffnung und Resignation“ vom 25. bis 27. April 1997 in Berlin (siehe Näheres unter Punkt 4.2.1.). Eine weitere bundesweite Veranstaltung ist für den Juni 1998 unter dem Thema „Die Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft in Europa. Staatliche Aufgabe - Private Initiative?“ (Arbeitstitel) geplant. Hier soll in besonderer Weise der Bereich Südosteuropa einbezogen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Zusammenarbeit war die Herausgabe der Broschüren „Die Vergangenheit läßt uns nicht los“ und „Das MfS, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee“ (siehe Näheres unter Punkt 4.1).

Die Landesbeauftragten unterstützen sich gegenseitig bei einer ihrer wichtigsten Aufgaben, der Beratung betroffener Bürger. Nach wie vor wenden sich Brandenburger Bürger mit ihren Anliegen an Landesbeauftragte aus den angrenzenden Ländern, da bisher in Brandenburg kein Landesbeauftragter benannt wurde.

Die Einrichtung der Behörden hat sich bewährt. Ihre Bedeutung hat sich in den letzten Jahren zunehmend verstärkt. Sie sind in den Ländern zu einer Anlaufstelle für alle mit den Unterlagen des MfS in Zusammenhang stehenden Probleme geworden. Die Arbeitsmöglichkeiten der Berliner Behörde (welche als einzige zunächst zeitlich begrenzt waren) sind aus diesem Grund verlängert und ausgeweitet worden. So wurden ausdrücklich sowohl die Aufarbeitung der SED-Diktatur als führende Kraft in der DDR und damit gegenüber dem MfS Weisungsberechtigte als auch die Aufarbeitung des DDR-Staatsapparates aufgenommen. Weiterhin wurden die Einsichtsrechte

des Landesbeauftragten in die Überprüfungsergebnisse bei öffentlichen Stellen des Landes gesetzlich geregelt.

2.5. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Halle und Magdeburg

Die regelmäßigen Treffen der Konferenz der Landesbeauftragten mit dem Bundesbeauftragten in Berlin wurden im Berichtszeitraum ebenfalls fortgesetzt. Sie dienen der Diskussion von Problemen im Umgang mit den Unterlagen des MfS, dem Stand der Erschließung der Aktenbestände und aktuellen tagespolitischen Ereignissen, welche eine Auswirkung auf die Tätigkeit des Bundesbeauftragten oder der Landesbeauftragten haben.

In Sachsen-Anhalt befinden sich zwei Außenstellen des Bundesbeauftragten in Magdeburg und in Halle. Diese sollten auf Grund der großen Entfernungen im Flächenland Sachsen-Anhalt und der hohen Anzahl der noch zu bearbeitenden Anträge im Interesse der Antragsteller unter allen Umständen bis auf weiteres erhalten bleiben. Die Bearbeitungszeit der Anträge auf Akteneinsicht wird von den Betroffenen nach wie vor als zu lang empfunden. Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes mitgeteilt (Stand 31.12.1997):

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Erschließungsstand		
Operative Hauptablage	100 %	100 %
Unterlagen der Dienst-einheiten	62,9 %	63,4 %
Grobsichtung	abgeschlossen	abgeschlossen
Anzahl der Anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992	76.714	93.344
Abarbeitungsstand bei den Anträgen	Anträge aus 1992 sind abgeschlossen, 1993 wird noch bearbeitet	Anträge aus 1992 sind abgeschlossen, 1993 wird noch bearbeitet
durchschnittliche Neu-anträge 1997 pro Monat	640 (Anträge auf Akteneinsicht)	1.146 (Anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe)
Anzahl der Anträge pro Jahr:		
1992	34.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.651	13.757

Zwischen den Außenstellenleitern und der Landesbeauftragten bestehen regelmäßige Kontakte. Diese bestehen im Erfahrungsaustausch, in der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen (siehe Näheres unter Punkt 4.2.3.) und in dem Austausch von Informationsmaterialien. So sind die Außenstellen in den Broschürenverteiler der Landesbeauftragten aufgenommen. Sie erhalten je nach Bedarf und Möglichkeit weitere Exemplare zur Weitergabe an interessierte Bürger, besonders im Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle Halle.

Im Berichtszeitraum beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und Beratungsangeboten an den „Tagen der offenen Tür“ am 12. und 13. September 1997 in der Außenstelle Halle. Die monatlichen Sprechstunden in der Außenstelle wurden ebenfalls fortgesetzt.

2.6. Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten

Der § 39 des Stasi-Unterlagengesetzes legt die Bildung und die Aufgaben eines Beirates beim Bundesbeauftragten fest. Der Beirat hat beratende Funktion besonders in den Bereichen Erfassung und Auswertung der Unterlagen des MfS, Festlegung einheitlicher Grundsätze für die Einsichtgewährung, Arbeitsprogramme für die Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS und Festlegung der Aufgaben der Außenstellen bei ihrer Beratungstätigkeit. Das Land Sachsen-Anhalt hat die Möglichkeit zwei Personen zu benennen und damit die Belange des Landes zu vertreten.

Die Amtszeit der beiden im Jahr 1992 gewählten Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt lief im Oktober 1997 ab. Bis zum Redaktionsschluß des Tätigkeitsberichtes der Landesbeauftragten wurden keine neuen Beiratsmitglieder gewählt. Diese Verfahrensweise erschwert zum einen die Arbeit des Beirates, welcher aus 16 Personen besteht und für die Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von mehr als 8 Personen benötigt, zum anderen vergibt sich das Land Sachsen-Anhalt die Möglichkeit in diesem Bereich Einfluß auf den Prozeß der Aufarbeitung zu nehmen. Die Landesbeauftragte hat sich an den Präsidenten des Landtages und den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt mit der Bitte gewandt, sich für eine baldmögliche Wahl einzusetzen.

3. Forschung

Um dem gesetzlichen Auftrag, die Öffentlichkeit über die Strukturen und Arbeitsweise des MfS besonders im regionalen Bereich zu informieren, gerecht werden zu können, werden jährlich Rechercheanträge durch die Behörde an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gestellt. Auch wenn bei der Antragstellung Dringlichkeitsgründe geltend gemacht werden können, liegt die durchschnittliche Wartezeit auf Akteneinsicht bei ein bis zwei Jahren. Dieses

erschwert den Zugang besonders auch für diejenigen jungen Wissenschaftler, welche für eine Dissertation MfS-Unterlagen hinzuziehen möchten. Eine Verkürzung der Zugriffszeiten wäre für die regionale Aufarbeitung wünschenswert und notwendig. Hierzu muß allerdings angemerkt werden, daß die Anträge von Bürgern, die von Unrechtshandlungen des MfS betroffen waren, auf Akteneinsicht nach wie vor Vorrang haben sollten.

Gleiches betrifft die Unterlagen der SED und des Staatsapparates aus den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg, welche heute von den Landesarchiven verwaltet werden. So wurden zum Beispiel aus dem Bezirk Halle ca. 1,4 km und aus dem Bezirk Magdeburg ca. 1,2 km Unterlagen der SED von der PDS übergeben. Sie stehen ebenfalls für Zwecke der Forschung, aber auch zur persönlichen Einsicht und öffentlichen Stellen zur Bearbeitung von Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten sowie Ermittlungsverfahren zur Verfügung. Zur Bearbeitung der Anträge können allerdings nur sehr begrenzt Mitarbeiter bereit gestellt werden (je 1 Mitarbeiter). Da diese Bestände Unrechtshandlungen der ehemaligen DDR in gleicher Weise wie die MfS-Unterlagen dokumentieren und die SED insgesamt die Verantwortung für die politischen Verhältnisse trug, wäre eine Verbesserung der Mitarbeitersituation in diesem Bereich wünschenswert. Das würde zu einer Verkürzung der Wartezeiten für Antragsteller beitragen und der Bedeutung dieser Unterlagen für die persönliche und historische Aufarbeitung entsprechen.

Der folgenden Tabelle ist die Anzahl der Anträge zu entnehmen.

Anträge auf Einsicht in SED- und DDR-Verwaltungsakten:

Grund der Akteneinsicht	Landeshauptarchiv Magdeburg	Landesarchiv Merseburg	Landesarchiv Oranienbaum
Bürger - Rehabilitation	143	52	25
Bürger - Forschung	21	115	10
Öffentliche Einrichtungen - Rehabilitation	775	15	100
Öffentliche Einrichtungen - Forschung	61	63	25

Durch die Behörde der Landesbeauftragten wurden im Berichtszeitraum Archivrecherchen zu folgenden Themen in den Unterlagen des MfS durchgeführt:

- „Die Bearbeitung und Beobachtung evangelischer Studentengemeinden in der Kirchenprovinz Sachsen durch das MfS“

- „Das Verhältnis und die Einflußnahmen des MfS auf VdN, VVN und andere antifaschistische Organisationen“
- „Die Arbeit des MfS mit IM unter politischen Gefangenen“

Die notwendige Sachkenntnis und der zeitliche Aufwand für die Durchsicht der Archivunterlagen und die Erstellung eines zusammenfassenden Berichtes erfordern es, daß Gutachten an Dritte vergeben werden müssen. Im Berichtszeitraum wurden Gutachten insbesondere zu folgenden Themen vergeben:

- über den Einfluß staatlicher Stellen der ehemaligen DDR, insbesondere das MfS, auf die Jüdische Gemeinde in Halle
- über die Arbeit des MfS mit IM unter politischen Häftlingen in der DDR
- über die Arbeit der staatlichen Umweltinspektion und des Bezirkshygieneeinstitutes in Magdeburg von 1960 bis 1990 unter besonderer Berücksichtigung des MfS
- über die Bearbeitung des Arbeitskreises Homosexualität durch das MfS
- über die Zusammenarbeit des MfS mit dem Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei an einem ausgewählten Beispiel
- über den Einfluß des MfS auf die Museen in den Bezirken Magdeburg und Halle unter besonderer Berücksichtigung der 'Devisenbeschaffung' durch Kunstgutverkäufe“
- über die Bearbeitung von Bausoldaten durch das MfS

Des weiteren wurden Ratsuchende bei der Antragstellung und im Hinblick auf die Bearbeitung verschiedener Forschungsthemen unter Berücksichtigung des MfS beraten. Zusätzlich wurde zahlreiches Informationsmaterial an Forschungseinrichtungen und Einzelforscher in der gesamten Bundesrepublik, aber auch zunehmend im Ausland (z. B. USA, Großbritannien, Italien) verschickt.

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes ist eine der gesetzlichen Aufgaben der Landesbeauftragten nach dem Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt (AG StUG LSA). Die Unterrichtung beinhaltet die Herausgabe von Informationsmaterialien, die Durchführung von Veranstaltungen und die Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek, welche durch öffentliche Stellen und Privatpersonen genutzt werden kann.

4.1. Broschüren

Die Herausgabe der zwei Broschürenreihen der Behörde („Betroffene erinnern sich“ und „Sachbeiträge“) wurde fortgesetzt.

Eine regionale Beschäftigung mit der Geschichte ist wichtig, weil in Dörfern, Städten und Landkreisen auf eigene Erlebnisse zurückgegriffen werden kann. Umfassende Aufarbeitung kann erst dann geschehen, wenn das persönliche Handeln kritisch in einen größeren Zusammenhang gestellt wird. Dieses ist im Rahmen regionaler Geschichtsaufarbeitung möglich. Ihr Ziel ist es, einen Beitrag zu mehr Offenheit in der Gesellschaft zu leisten. Auf diese Weise können Menschen ihre Wurzeln finden und ihr Handeln bewerten.

Es zeigt sich, daß das Interesse an der regionalen Geschichte der ehemaligen Bezirke Halle und Magdeburg sehr groß ist. Die Behörde erreichen sowohl Anfragen nach Informationsmaterialien von heute noch in Sachsen-Anhalt lebenden Bürgern, als auch von denjenigen, welche früher auf diesem Gebiet gewohnt haben. Im März 1997 beinhaltete der Verteiler von interessierten Bürgern, Multiplikatoren und Bibliotheken (welche ihren Bedarf an Neuerscheinungen zusätzlich zu den Ministerien und politisch Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt angemeldet haben) 47 Personen oder Einrichtungen. Diese Anzahl hat sich im letzten Berichtszeitraum auf 152 erhöht. Das bedeutet eine Steigerung von mehr als 200 %.

Aus haushaltstechnischen Gründen umfaßt die Auflage jeweils 1000 Exemplare. Schon kurze Zeit (zwei bis drei Wochen), nachdem die Broschüre öffentlich vorgestellt wurde, ist sie in der Regel vergriffen. Zahlreichen Interessenten muß abgesagt werden. Inzwischen ist die Behörde dazu übergegangen, die Anschriften der Nachfragenden zu notieren um je nach Bedarf über eine Nachauflage entscheiden zu können. Generell muß jedoch gesagt werden, daß mit den finanziellen Mitteln der Behörde der Bedarf **nicht** abgedeckt werden kann. Das wurde im Berichtszeitraum besonders an der Broschüre „Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS“ deutlich, deren Druck nur mit Unterstützung des Ökofonds von Bündnis 90/Die Grünen zustande kam. Die Information der ehemaligen Arbeiter und Anwohner, die heute besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, über die katastrophalen Zustände in den ehemaligen DDR-Chemiebetrieben war jedoch dringend notwendig. Allein bei dieser Broschüre konnten bisher 156 Nachfragen von Einzelpersonen und Multiplikatoren nach insgesamt 550 Exemplaren nicht berücksichtigt werden. Aus dem Haushalt 1998 wird aus diesem Grund ein Nachdruck finanziert.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Reihe „Betroffene erinnern sich“

Der Titel dieser Reihe wurde gewählt, da hier Menschen ihre persönlichen Erfahrungen mit dem Staatssicherheitsdienst, aber auch anderen staatlichen Einrichtungen der DDR schildern. Das bedeutet einmal eine Auseinandersetzung mit dem Erlebten und damit die Möglichkeit der Verarbeitung, zum anderen das öffentliche Gespräch über das persönliche Schicksal.

Nachauflagen:

- Nr. 2 Ein Gespenst ging um - Erlebnisberichte aus dem „Sozialistischen Lager“ 1945 bis 1989

(Redaktion: Bund der Stalinistisch Verfolgten, Kreisverband Magdeburg; Nachdruck Auflage: 1000)

Inhalt: 9 Autoren schildern ihre schwere Zeit in sowjetischen Internierungslagern und DDR-Zuchthäusern, in denen sie nach politischen Verurteilungen, z. T. vor sowjetischen Militärtribunalen, gefangen waren.

- Nr. 3 „Verhören bis zum Geständnis“ - der Operativ-Vorgang „Optima“

(Autorin: Marietta Jablonski; Nachdruck Auflage: 1000)

Inhalt: Bericht einer politisch Verfolgten, die trotz ihrer Schwerstbehinderung wegen angeblich verfaßter „Hetz-Briefe“ in Haft genommen wurde. Sie schildert ihren Leidensweg und den ihrer Familie bis zur Ausreise in die Bundesrepublik.

- Nr. 4 Vom Roten Ochsen geprägt (2) - Berichte politisch Inhaftierter in den achtziger Jahren

(Nachdruck Auflage: 1000)

Inhalt: 6 Autoren, die in den 80er Jahren aus sehr unterschiedlichen Gründen im Untersuchungsgefängnis des Staatssicherheitsdienstes in Halle „Roter Ochse“ in Haft waren, schildern ihre Haftzeit und die Vorgeschichte.

Auf Grund der großen Nachfrage übernahm es die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt, von den Broschüren Nr. 1, 3 und 4 jeweils 400 Exemplare zusätzlich nachzudrucken.

Neuerscheinungen:

- Nr. 5 Das Bezirksliteraturzentrum Halle oder wie ein Staat glaubte, Kunst in seinem Sinne zu formen und das Gegenteil erreichte

(Autor: Peter Winzer; Auflage: 1000)

Inhalt: Bezirksliteraturzentren sollten die Schreibenden anleiten und kontrollieren. Die geringe Wirksamkeit dieser Institution beschreibt der Autor am Beispiel des Bezirksliteraturzentrums Halle.

- Nr. 6 Der Punk im Schrank. Ein Report über die Einflußnahme des MfS auf die Punkbewegung in Sachsen-Anhalt

(Autor: Shanghai; Auflage: 1000)

Inhalt: Angehörige der Punk-Szene wurden in der DDR vom MfS beobachtet und mit Spitzeln durchsetzt. Ungeachtet dessen hat es auch in der DDR eine Punk-Bewegung gegeben.

Reihe „Sachbeiträge“

Die Reihe „Sachbeiträge“ informiert über die verschiedensten Bereiche der DDR-Gesellschaft, für die sich das MfS interessiert hat. Es zeigt sich immer wieder, wie gering der Wissensstand allgemein zu Vorgängen und Zusammenhängen politischer Repression in der ehemaligen DDR ist.

Nachauflagen:

- Nr. 3 „Inoffiziell wurde bekannt ...“ - Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“

(Autor: Christoph Kuhn; Nachdruck Auflage: 1000)

Inhalt: Die ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle beschäftigte sich mit dem in der DDR tabuisierten Thema Umweltzerstörung und versuchte mit zahlreichen mutigen Aktionen die Bevölkerung zu erreichen. U. a. wurde eine eigene Zeitschrift „Blattwerk“ herausgegeben.

Die Broschüre „Mit gestutzten Flügeln - Jugend in der DDR“ (Sachbeiträge Nr. 2) wurde durch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt in einer Auflage von 3400 Exemplaren nachgedruckt und an die Schulen verteilt.

Neuerscheinungen:

- Nr. 4 Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS

(Autor: Hans-Joachim Plötze; Auflage: 1000; Nachauflage 1000)

Inhalt: Aus den Akten des MfS ist ersichtlich, daß der katastrophale Zustand von Industrieanlagen und Umwelt, sowie die dadurch verursachten Gesundheitsschäden bei den Beschäftigten, darunter politische Gefangene, der SED-Führung genauestens bekannt war.

- Nr. 5 IM „Raucher“ - Die Zusammenarbeit eines Studentenpfarrers mit dem Ministerium für Staatssicherheit

(Auflage: 750)

Inhalt: Die Tätigkeit eines Studentenpfarrers, der Inoffizieller Mitarbeiter des MfS war, wird aus der Sicht des MfS geschildert.

Nr. 6 Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee

(Autor: Uwe Koch; Auflage: 500)

Diese Broschüre wurde gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben.

Inhalt: Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer galten aus der Sicht des MfS als besonders gefährlich und wurden deshalb massiv überwacht und eingeschüchtert.

- vergriffen, Nachauflage 1998 -

Informationen der Behörde

3. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1000; Nachdruck Auflage: 500)

- vergriffen -

Handreichung für personalführende Stellen des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt zur Überprüfung von Beschäftigten und Bewerbern auf eine Tätigkeit für das MfS (Nachdruck Auflage: 500)

Beteiligung an Broschüren

„Die Vergangenheit läßt uns nicht los ...“ - Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen

(gemeinsam herausgegeben mit der Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt Moritzplatz Magdeburg und den Landesbeauftragten der Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern; Auflage: 5000)

Inhalt: Die Referenten einer gleichnamigen gemeinsamen Veranstaltung der Herausgeber schildern die psychischen und physischen Folgen politischer Haft und die Schwierigkeiten bei deren Anerkennung zur Gewährung von Versorgungsleistungen.

4.2. Veranstaltungen

4.2.1. „Zwischen Hoffnung und Resignation - Herausforderungen der Aufarbeitung kommunistischer Gewaltherrschaft“

Unter diesem Titel fand vom 25. bis 27. April 1997 eine gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin (in einem Gebäude des ehemaligen MfS in der Normannenstraße) statt. Eingeladen waren bundesweit Vertreter von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen, um über den Stand ihrer Arbeit und dabei auftretende Probleme zu informieren. Gekommen waren ca. 250 Teilnehmer, welche über 50 verschiedene Gruppen repräsentierten. Aus Sachsen-Anhalt nahmen 21 Personen folgender Verbände

teil: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V., Verein Zeitgeschichte(n) e. V., Grenzdenkmalverein Hötensleben, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V., Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. und der Föderativen Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V. Sie stellten ihre Arbeit an Hand von Ausstellungstafeln und Informationsmaterialien vor. Die Redebeiträge des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. und des Grenzdenkmalvereins Hötensleben e. V., welche aus Zeitgründen als einzige für Sachsen-Anhalt sprechen durften, wurden in den Tagungsband aufgenommen. Im Ergebnis dieser Tagung wurde festgestellt, daß die bundesweite Arbeit der Opfervereine und Aufarbeitungsinitiativen unverzichtbar, aber aus finanziellen Gründen gefährdet ist. Es wurde für ihre Unterstützung einmütig und dringend die Einrichtung einer bundesweiten Stiftung gefordert.

Im Februar 1998 wurde von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in den Deutschen Bundestag eingebracht. Es besteht Hoffnung, daß die Stiftung noch im Jahr 1998 errichtet wird und mit ihrer Arbeit beginnen kann. Aus Sicht der Landesbeauftragten wäre als Sitz der Stiftung das ehemalige Haus 1 des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, in dem Minister Mielke sein Büro hatte, und in dem heute Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen arbeiten, ein besonders geeigneter Ort.



Informationsstand von BSV / VOS (Quelle: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)



Informationsstand des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. (Quelle: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)

4.2.2. „DDR-(K)ein Thema für den Unterricht?“

Gemeinsam mit dem Kultusministerium und dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung des Landes Sachsen-Anhalt führte die Landesbeauftragte vom 19. bis 20. Dezember 1997 eine Tagung zur Lehrerfortbildung unter oben genanntem Thema in Magdeburg im Roncalli-Haus durch. An dieser Veranstaltung nahmen ca. 60 Lehrerinnen und Lehrer aus Sachsen-Anhalt teil. In Gesprächsgruppen wurde nach einem Einführungsreferat von Prof. Pandel „Verstehen, was unverständlich ist“ zur Behandlung des Themas im Deutsch-, Geschichts- und Sozialkundeunterricht sowie vor und nach dem Besuch von Gedenkstätten diskutiert. Den Abschluß bildete ein Vortrag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Joachim Gauck unter dem Thema „Wem nützt die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit?“. Die Vorführung des Filmes „Die Vergebung“ und die sich daran anschließende Diskussion mit dem Regisseur Andreas Höntsch und der Drehbuchautorin zeigte noch einmal in eindrücklicher Weise, wie sich die Erlebnisse der Eltern auf die Kinder auswirken und damit auch in eigener Form fortwirken. Da der Einstieg in den zweiten Tag durch Pastorin Gabriele Herbst wie schon im

vergangenen Jahr auf große Resonanz gestoßen ist und im Anschluß von vielen Teilnehmern der Text angefordert wurde, wird er als Ergänzung dieses kurzen Berichtes als Anlage veröffentlicht.

Exkurs: Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Auf Befragen, welchen Schwerpunkt das Thema DDR in der Lehrerfortbildung einnimmt, teilte das Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA) über die Durchführung von landesweiten staatlichen Fortbildungskursen, in denen das Thema DDR über die direkte Benennung in den Fortbildungsprogrammen hinaus im Jahr 1997 eine Rolle spielte, mit:

„Sowohl der Umfang als auch die Art und Weise der Auseinandersetzung mit Aspekten der DDR-Vergangenheit fielen dabei sehr unterschiedlich aus. Sie wurde manchmal als inhaltlicher Baustein in ein anderes Thema integriert, in einigen Fällen bildete sie die Grundlage für die Beschäftigung mit ausgewählten Methoden. Benannt sind auch Kurse, die ein diesbezügliches Konzept aufwiesen, jedoch auf Grund geringer Anmeldungen nicht realisiert werden konnten.“

- Zwischen Börde und Drömling - eine Region im Wandel (Geographie/Sozialkunde)
- Jugend heute - Sozialisation und soziale Strukturen im Wandel (Sozialkunde)
- Geschichte in der Förderstufe (Geschichte)
- Sprachkultur im Wandel - Entwicklungstendenzen in der deutschen Sprache (Deutsch) - Ausfall
- Frauen und Medien - Geschlechterrollen, Mediendarstellungen und aktuelle Meinungen zur Problemlage (Schulform- und fachübergreifende Medienpädagogik)
- Produktiver Umgang mit Bildquellen im Geschichtsunterricht (Geschichte) - Ausfall
- Lehrerinnen und Lehrer als Regionalgeschichtsschreiber und Schulchronisten (Geschichte)
- Identitätsfindung und ICH-Bildung (Ethik)
- Visuelle Poesie-Grenzgänge zwischen bildender Kunst und Literatur (Kunsterziehung) - Ausfall

Zusätzlich zum LISA führen noch einige andere Einrichtungen Tagungen zur Lehrerfortbildung durch. In diesem Zusammenhang soll die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und die der Stiftungen (K.-Adenauer-Stiftung, Fr.-Ebert-Stiftung etc.) nicht unerwähnt bleiben, da sie ein breitgefächertes Angebot an Veranstaltungen, die sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beschäftigen, bereit halten.

4.2.3. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 12.4.1997 „Wider das Vergessen - Die Rolle der Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt“
gemeinsame Veranstaltung mit der Fr.-Ebert-Stiftung in Bernburg
- 18.4.1997 „Vom Roten Ochsen geprägt“
gemeinsame Veranstaltung mit dem Verein Zeitgeschichte(n) e. V. und den Autoren zur Vorstellung der gleichnamigen Broschüre Teil 2 in Halle (Theater am Volkspark)
- 22.4.1997 „Wußte der eine, was der andere tat? - Die Hintergründe der Maueröffnung von 1989“
Vortrag von Hans-Hermann Hertle gemeinsame Veranstaltung mit der Außenstelle Halle in Halle (Universität)
- 25.4.1997 „Die Vergangenheit läßt und nicht los ...“ - Psychische Auswirkungen politischer Inhaftierung und Repression in der SBZ/DDR
gemeinsame Veranstaltung mit den Landesbeauftragten der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sowie der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz in Hamburg
- 27.5.1997 „Als 'Künstlerin' in der russischen Kommandantur“
Lesung mit Waltraut Juretzky-Waschek
gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg
- 17.6.1997 „Mut und Zivilcourage in Deutschland“
Gedenkveranstaltung im Landtag Sachsen-Anhalt
gemeinsame Veranstaltung mit der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Außenstelle Magdeburg des Bundesbeauftragten
- 26./27.9.1997 „Die Auflösung des MfS“
gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. zum Erfahrungsaustausch der Bürgerkomitees über die Auflösung des MfS 1989/90 in den Bezirken der DDR in Magdeburg
- 15.10.1997 „Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS“
gemeinsame Veranstaltung mit dem Autor, Mathias Weiland, MdL und der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten zur

Vorstellung der gleichnamigen Broschüre in Halle (St. Georgengemeinde)

- 12.11.1997 „Das Ministerium für Staatssicherheit, Die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee“
Vorstellung der gleichnamigen Broschüre im Beisein des Autors in Magdeburg
- 20.11.1997 „Bitteres aus Bitterfeld“
gemeinsame Veranstaltung zur Vorstellung der Broschüre „Das Chemiedreieck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS“ mit dem Verein Zeitgeschichten und der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten in Bitterfeld
- 3.2.1998 „Der Punk im Schrank“
gemeinsame Veranstaltung mit dem Autor und der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten zur Vorstellung der gleichnamigen Broschüre in Halle (Ev. Christusgemeinde)
- 27.2.1998 Enthüllung einer Gedenktafel in der ehem. Untersuchungs-
haftanstalt des MfS in Magdeburg
Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bund der Stalinistisch
Verfolgten e. V., der Vereinigung der Opfer des Stalinismus
e. V. und der Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz



Enthüllung einer Gedenktafel in der ehem. Untersuchungs-
haftanstalt des MfS in Magdeburg am 27.2.1998 (Foto: LStU)

"Bitteres aus Bitterfeld"

Buchvorstellung

Hans-Joachim Plötze, Verfasser der Broschüre "Das Chemieleck im Bezirk Halle aus der Sicht des MfS"



Galerie am Ratswall
Ratswall 22, 06749 Bitterfeld

20. November 1997
19.00 Uhr

Veranstalter: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Der Punk im Schrank

Ein Report über die Einflußnahme des MfS auf die Punkrockszene in Sachsen-Anhalt

Buchvorstellung mit Shanghai (Autor) und Siegfried Neher (Pfarrer)



3. Februar 1998
19 Uhr

Halle/S.
Café der Christuskommunion
Freilimfelder Straße 89

Veranstalter: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Zusätzlich wurden Vorträge zur Arbeit der Behörde von der Landesbeauftragten auf verschiedenen Veranstaltungen gehalten, so zum Beispiel am 29.5.97 in Wolfen-Nord, am 20.6.97 auf einer Tagung der Ebert-Stiftung in Halle, am 21.10.97 in der Kreisbibliothek Quedlinburg und von ihrem Stellvertreter am 10.12.97 auf einer Versammlung des VOS in Wittenberge (Land Brandenburg) und auf Veranstaltungen der VOS und des BSV in Sachsen-Anhalt. Hinzu kam die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen.

4.3. Faltblätter

Im Berichtszeitraum wurden zu den vorhandenen Faltblättern über die Arbeit der Behörde und die Ansprüche nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz folgende Informationsblätter nachgedruckt bzw. neu herausgegeben:

- Gedenkstätten, Vereine und Behörden zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt (Nachdruck Auflage: 1000)
- Bibliothek in der Behörde der Landesbeauftragten (Auflage: 3000)
- Broschüren-Verzeichnis (Auflage: 1000)

4.4. Rundbriefe

Der monatlich erscheinende Rundbrief der Behörde informiert sowohl über Veranstaltungen und Ausstellungen, welche sich mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beschäftigen, als auch über Neuerscheinungen der Behörde. Er ist damit das einzige Informationsblatt dieser Art. Bisher haben 241 interessierte Bürger, Multiplikatoren und Einrichtungen den Wunsch geäußert, in den Verteiler aufgenommen zu werden. Regelmäßig werden zur Zeit monatlich 574 Rundbriefe versandt.

4.5. Wanderausstellung

Die vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. erstellte und von der Landesbeauftragten im Rahmen der Zuwendung 1996 geförderten Ausstellung über die Arbeit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und seinen Außenstellen ist seit Anfang 1997 unterwegs in Sachsen-Anhalt. Sie wurde bisher an folgenden Stellen gezeigt:

11.3.97 -	13.4.97	Landkreis Saalkreis
14.4.97 -	19.5.97	Landkreis Quedlinburg
20.5.97 -	22.6.97	Landkreis Wernigerode
23.6.97 -	6.7.97	Landkreis Merseburg-Querfurt
7.7.97 -	31.8.97	Landkreis Anhalt-Zerbst
1.9.97 -	30.9.97	Landkreis Stendal
1.10.97 -	30.10.97	Ev. Kirchenkreis Wanzleben

- | | |
|--------------------|------------------------------------------|
| 3.11.97 - 28.11.97 | Landkreis Köthen |
| 1.12.97 - 28.2.98 | Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten |
| 2.3.98 - 28.3.98 | Landkreis Halberstadt |

Bis Juni 1998 wurde die Wanderausstellung bereits vergeben. Eine Anfrage liegt schon jetzt für den Sommer 1999 vor.

Bei der Eröffnung der Ausstellung in Wanzleben wurde von der Landesbeauftragten ein Vortrag zum Stand der Aufarbeitung und den damit in Zusammenhang stehenden Problemen gehalten.

5. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

5.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch regelmäßige Anfragen bei den Gerichten, sowohl nach statistischen Angaben als auch nach ausgewählten Urteilen, informierte sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung.

Im Folgenden ist die Auswertung dieser Anfragen für die Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Tabellenform dargestellt:

Gericht	Verfahren	Erledigungen	
	unerledigte Verfahren aus 1996	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	Fortbestand des Arbeitsverhältnisses
	1997 eingereichte Verfahren		
Landesarbeitsgericht	32 Berufungen	10	20
	49 Berufungen		
	23 Ca-Verfahren	29	22
	60 Ca-Verfahren		
Arbeitsgericht Dessau	7	5	6
	14		
Arbeitsgericht Halberstadt	3	7	3
	12		
Arbeitsgericht Magdeburg	10	8	10
	20		
Arbeitsgericht Naumburg	1	0	1
	1		
Arbeitsgericht Stendal	2	6	1
	7		

An den Verwaltungsgerichten waren im Berichtszeitraum folgende Verfahren zu dem Sachkomplex „Rücknahme der Beamtenernennung wegen Tätigkeit für das MfS“ anhängig:

Gericht	Verfahren	Erledigungen	
		Beendigung des Arbeitsverhältnisses	Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses
Oberverwaltungs- gericht Magdeburg	9 - Rücknahme der Beamtenernennung ----- 6 - wegen Entlassung aus dem Beamtenverhältnis		
Verwaltungsgericht Halle	10 Rücknahme bzw. Entlassung	6	3
Verwaltungsgericht Magdeburg	10 Rücknahme bzw. Entlassung		

5.2. Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch-motivierter und unter Mißbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR im Jahre 1997

Zur Ermittlungstätigkeit der Schwerpunktabteilung „SED-Unrecht“ der Staatsanwaltschaft Magdeburg wurden der Landesbeauftragten die folgenden Zahlen übermittelt:

1997	Eingänge	188	
	Erledigungen	608	davon 12 Anklagen 4 Strafbefehlsanträge
	Bestand	217 (31.12.1997)	

Insgesamt wurden seit 1991 6.390 Eingänge registriert.

Anklagen	Anzahl
Vorwurf des Totschlags bzw. versuchten Totschlags im Zusammenhang mit Vorkommnissen an der innerdeutschen Grenze	6
Vorwurf der Rechtsbeugung	3
Vorwurf der Erpressung (Grundstücksverkauf Ausreisewilliger)	1
Vorwurf der Körperverletzung gegenüber Gefangenen in Haftanstalten	2

Strafbefehle	Anzahl
Vorwurf der Rechtsbeugung	2
Vorwurf der Körperverletzung	1
Vorwurf der Nötigung	1

Die Eingänge und der Bestand lassen sich wie folgt gliedern:

Gliederung	1997	Bestand	seit 1991
Rechtsbeugung	87	177	4.694
Freiheitsberaubung	16	10	500
Tötungsdelikte, vers. Totschlag	15	4	61
Körperverletzung	36	3	320
politische Verdächtigung	4	1	233
Kindesentziehung	1	0	32
Sonstige	29	22	550
Summe	188	217	6.390

6. Zuwendungen der Landesbeauftragten

Wie in anderen Bundesländern widmen sich in Sachsen-Anhalt Vereine der Betreuung von in der SBZ/DDR verfolgten Menschen und der Dokumentation politischen Unrechts. Mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Vergangenen und vor allen Dingen auch zur Linderung der Folgen bei den Betroffenen. Gerade letzteres kann von staatlichen Stellen nur in ungenügender Weise oder gar nicht gewährleistet werden. Insofern ist die Arbeit dieser Verbände unverzichtbar und muß auch weiterhin gefördert werden.

Die Mitgliederbeiträge allein reichen nicht aus, die umfangreichen Aufgaben zu finanzieren. Aus diesem Grund wurden im Berichtszeitraum wie schon 1996 Verfolgtenverbände, Aufarbeitungsinitiativen und Dokumentationszentren in Sachsen-Anhalt im Wege der Projektförderung unterstützt. Eine genaue Aufstellung der vergebenen Mittel ist der folgenden Aufstellung zu entnehmen:

Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck	Summe
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt	Buchlesung von Angela Kowalczyk	450 DM
	Weitere Recherchen zu Med. Akademie und MfS	2.430 DM
	Überarbeitung des Ausstellungssystems der ständigen Ausstellung des Bürgerkomitees	1.350 DM

	Weiterführung der Arbeit des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees	60.000 DM
Bund der Stalinistisch Verfolgten Kreisverband Magdeburg	Tagesfahrt nach Tangermünde mit Gespräch	2.250 DM
	Anfertigen und Anbringen von Gedenktafeln	4.250 DM
	Anfertigung einer Chronik des BSV Kreisverbandes Magdeburg	1.800 DM
	Gedenkveranstaltung 15.11.1997 700 DM Nachbewilligung § 44 Abs. 1 Nr. 4 Pkt. 4.5 LHO LSA	5.700 DM
	Nachdruck von Broschüren 300 Betroffene erinnern sich (2)	600 DM
BSV Landesverband Sachsen-Anhalt	Beratung und Betreuung von Opfern des Stalinismus	3.616 DM
	Internationale Tagung der Opferverbände in Dolle	6.704 DM
	Seminar des tchechischen Opferverbandes in Brünn - Fahrgeld für Mitglieder des Landesverbandes	789 DM
BSV Kreisverband Eisleben	Beratung und Betreuung von Opfern des Stalinismus	5.070 DM
BSV Kreisverband Roßlau	Beratung und Betreuung von Opfern des Stalinismus	1.700 DM
Vereinigung der Opfer des Stalinismus Landesgruppe Sachsen-Anhalt	Seminarveranstaltungen mit Wernigeröder Schulen / Vorstellung einer Broschüre	4.000 DM
	Erarbeitung eines Archives über Verfolgungsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt	4.600 DM
Verein Zeitgeschichte(n) e. V. Halle	Arbeitsgemeinschaft junger Autoren (AjA) in der Stellung zu MfS, SED und Staatsapparat	10.800 DM
	Darstellung von Oppositionsgruppen auf dem Kirchentag	2.850 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.	Druck von 4 x 2100 Bildpostkarten	1.651,67 DM
Summe der Zuwendungen 1997		120.610,67 DM

Anhang 1

Tagung zur Lehrerfortbildung 19./20.12.1997 Einführung Pastorin Gabriele Herbst, Magdeburg

(Musik - Nationalhymne)

DDR - (k) ein Thema für den Unterricht

Natürlich, sage ich spontan. Natürlich muß DDR ein Thema im Unterricht sein, im Deutschunterricht, Geschichtsunterricht und auch im Ethik- und Reliunterricht.

ICH SAGE DAS SPONTAN. Denn ich habe diese DDR sozusagen unter der Haut. Ich war drei, als sie gegründet wurde und 43 als sie aufhörte zu sein. 40 Jahre DDR, das bin auch ich. Wie sollte ich nicht wollen, daß mit meinen Kindern und Kindeskindern darüber gesprochen wird?

Ich rieche die DDR noch, sie roch nach Weiß- und Rotkohl und nach der angesäuerten Milch, die im metallenen Wagen der Kaufhalle vor sich hintropfte.

Ich spüre noch die Scham auf meinem Nichtpioniergesicht und dem Nicht-FDJ-Gesicht. Am 1. Mai mußte ich immer hinter allen herlaufen, nie mitten im Zug. Eine bunte Bluse stellte die sozialistische Jugendgemeinschaft in Frage.

Ich schmecke die DDR noch, sie schmeckte nach wunderbarem billigen Sauerkraut und den Schrippen vom Bäcker Wezel für 5 Pfennige. Und wenn die von drüben kamen, dann sagten sie im leichten Vorwurfston: bei euch ist aber wirklich alles sehr billig. Und mein Vater wußte nicht recht, was er darauf antworten sollte.

Ich vergesse den Angstschweiß nicht unter meinen pubertierenden Achseln, wenn die Eltern nicht zur Wahl gingen, und die Wahlschlepper an unserem Pfarrhaus klingelten. Mein Vater sagte NEIN und das war es. Aber mein kindliches Nein war weniger mutig.

Ich erinnere die Buchhandlungen der DDR. Wichtiges fehlte, oder war Bückware. Aber wichtiges war auch da. Preiswerte Kinderbücher, liebevoll illustriert, Bofinger, Elisabeth Shaw, Regine Blumenthal, ich sammelte diese Bücher.

DDR - das sind auch meine Kinder. 1976 und 1980 geboren. Wir hofften auf einen verbesserlichen Sozialismus. Auch für sie.

Olaf Palme Marsch - Perestroika - kulturelle Öffnungen.

Aber: die Hoffnungen wurden durch die Erfahrungen kleingehalten. Den Jungen riefen sie Kirchenheini, er näßte wieder ins Bett. Das Mädchen sollte nicht zur EOS - ohne FDJ, das wird schwierig.

Die das sagten, sehe ich hin und wieder. Wir grüßen uns.

Manchmal packt mich bei ihrem Anblick eine mir unverständliche Heiterkeit. Einer hatte seinen Kindern verboten mit meinen zu spielen. Heute hat er im Mercedes seinen Kampfauftrag bezüglich sozialistischer Erziehung in der Familie gewiß vergessen.

DDR, da tauchen Bilder eigener Feigheit auf.

Dann doch im Schulaufsatz die eigene Meinung geglättet.

Nicht konsequenter gegen das Eingesperrtsein durch die Mauer protestiert, aber selbst nach Schweden gefahren.

Das morbide der DDR-Gesellschaft in den späteren Jahren deutlich gesehen - und doch jene nicht verstanden, die das Land einfach verließen.

Ich habe die DDR gehaßt und geliebt.

Ich habe sie unter der Haut und schwitze sie aus auch in manchen Alpträumen. Ich will sie nicht zurück, aber ich will sie in Erinnerung halten und in Erinnerung bringen: sie war in den Anfängen gewiß der Versuch eines besseren Deutschlands, das auferstanden aus Ruinen, sich der Zukunft zuwenden wollte.

DDR - kein Thema im Unterricht?

Ich müßte mich selbst verleugnen, wenn ich dieses Thema nicht wollte und nicht selbst ins Gespräch brächte.

Wenn wir uns nicht erinnern, kommen wir um.

Dieser Satz im Blick auf das dritte Reich gesagt, gilt auch im Blick auf die DDR.

Oder auch der Satz von Christa Wolf: NACHDENKEN ist der Versuch, man selbst zu sein.

NACHDENKEN:

Wer waren wir und wer sind wir geworden?

Wenn es uns selbst interessiert, wird es auch die Kinder interessieren. ERZIEHUNG ist Beispiel, auch im Fragenstellen.

Im AT der Bibel gibt es einen wichtigen Text im 5. Mosebuch, der bis heute jedem gläubigen Juden verbindliche Regel ist.

WENN dein KIND dich fragt, woher du eigentlich kommst, warum du bist wie du bist, warum du so und nicht anders glaubst, dann sollst du ihnen von deiner Geschichte erzählen und sagen: wir waren Sklaven in Ägypten, aber Gott hat uns befreit und herausgeführt ...

Benennen wo wir frei waren.

Benennen, wo wir versklavt waren ...

Benennen wo wir mutig waren und so feige und kleinkariert ...

Und wo wir das heute alles wieder sind ...

Mutig und kleinkariert. Frei und versklavt.

„Und der kleine Ludwig meinte, daß sein kleines Brüderchen gar nicht mehr wissen würde, daß es in der DDR geboren worden ist. Weißt du, Mutti, sagte

er, das sagen wir ihm gar nicht erst.“ - sagt Thomas Rosenlöcher im Buch OSTGEZETER:

Ich bin dafür, daß wir es dem Kind sagen, daß es in der DDR geboren wurde. Mit Wissen. Mit Scham. Mit Bildern und Gerüchen. Mit Schuld. Auch mit Stolz.

Anhang 2

Das Interview

Letzten Endes nicht besiegt

(„Der Stacheldraht“ 6/1997, Zeitschrift des BSV-Landesverbandes Berlin)

Ein Gespräch mit Norbert Gurriss, Psychotherapeut im Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer

STACHELDRAHT: Herr Gurriss, welche Klienten kommen in Ihr Behandlungszentrum?

Gurriss: Unser Behandlungszentrum hilft in erster Linie Flüchtlingen aus aller Welt, die staatlich verfolgt und gefoltert wurden, die extremen Belastungen durch Mißhandlung, Vergewaltigung, Folter, Krieg und Bürgerkrieg ausgesetzt waren.

STACHELDRAHT: Dennoch behandeln Sie auch Opfer aus der SBZ/DDR.

Gurriss: Eine Große Zahl von Menschen aus der ehemaligen DDR hat sich hilfesuchend an uns gewandt, und in vielen Fällen ist daraus eine therapeutische Betreuung geworden. Manchen haben wir andere Beratungs- und Kontaktstellen genannt. Heute erleben wir, daß die früher in der DDR Verfolgten besonders darunter leiden, daß ihnen auch von der Justiz kein Recht widerfährt, die Antragsverfahren zu kompliziert und die alten Täter wieder präsent sind. Sie fühlen sich als Verlierer. Leider reicht unsere Kapazität bei weitem nicht, um uns dem Problem angemessen zu widmen.

STACHELDRAHT: Allein diese Gruppe besteht aus mehreren Generationen Verfolgter. Wenden sich alle gleichermaßen an Sie oder gibt es Schwerpunkte?

Gurriss: Es kommen Vertreter aller Generationen, aber der Schwerpunkt liegt wohl bei denen, die in den 70er und 80er Jahren von der Stasi verfolgt bzw. inhaftiert wurden. Von den verschleppten Frauen oder den Lagerhäftlingen der 50er Jahre kommen nur einzelne.

STACHELDRAHT: Woran könnte diese Zurückhaltung liegen?

Gurriss: Wir nehmen an, daß bei manchen die Zeit soweit fortgeschritten ist, daß sie den Versuch, Hilfe zu finden, nicht mehr unternehmen. Vor allen Dingen aber ist es das Nichterkennen und das Nichtaussprechen im engeren sozialen Kreis. Die wenigen, die zu uns gekommen sind, haben

erzählt, wie schwer es ihnen fiel, zum ersten Mal darüber zu sprechen. Wir vermuten eine hohe Dunkelziffer dieser betroffenen und auch leidenden Menschen. In Deutschland scheint das Vermeidungsverhalten, sich nicht mit der eigenen Geschichte beschäftigen zu wollen, außergewöhnlich hoch. Andere Länder haben sehr viel früher Behandlungsmöglichkeiten und Selbsthilfegruppen geschaffen.

STACHELDRAHT: Der Gang zum Psychotherapeuten hat für das Selbstverständnis der meisten Menschen auch heute noch eine völlig andere Bedeutung als der Gang zum Arzt.

Gurriss: Das gehört mit zur deutschen Geschichte. Wir haben ja viele kompetente Psychotherapeuten in der Nazizeit verloren. Entweder sie wurden umgebracht oder sind emigriert. Und diese Ablehnung von Psychotherapeuten hat sich im Nachkriegsdeutschland fortgesetzt.

STACHELDRAHT: Sie befassen sich mit den psychischen Folgen sowohl von physischer als auch psychischer Folter ...

Gurriss: Meist sind die Foltermethoden miteinander verschränkt, wir erleben allerdings eine Zunahme von Methoden der psychischen Folter, vor allem mit Blick auf die ehemalige DDR. Aber auch in anderen Teilen der Welt nimmt die sogenannte saubere Folter zu und macht den Umgang mit den Folgen entsprechend schwieriger.

STACHELDRAHT: Wie definieren Sie Folter?

Gurriss: Der Begriff ist bei uns recht weit gefaßt. Es sind all die Formen, die Menschen anderen Menschen mit Plan und Absicht antun, um sie seelisch und auch körperlich zu desintegrieren, zu labilisieren und zu zerstören. Mit diesen Mitteln sollen die Menschen gefügig gemacht und ihrer oppositionellen Kraft beraubt werden. Entweder sie sollen sich anpassen oder als lebendes Beispiel dafür gelten, was mit jenen passiert, die sich gegen die herrschende Ordnung auflehnen.

STACHELDRAHT: Welche Methoden werden bei psychischer Folter angewandt?

Gurriss: Zur seelischen Folter gehören vor allem Verwirrungen, die sogenannten Doppelbindungspraktiken, doppelte Botschaften, auf die man nicht adäquat reagieren kann. Zum Beispiel ein Verhalten, das widersprüchlich ist. Jemand wird aufgefordert, etwas zu tun, gleichzeitig wird er bedroht, dann wiederum wird er belohnt oder bestraft und so in einer permanenten Abhängigkeit gehalten. Oft sind es Fehlinformationen, Androhungen, die bewußt produzierte Ungewißheit, was geschehen wird. All das sind psychischen Mechanismen, die Menschen erkranken lassen.

STACHELDRAHT: Wie machen sich psychische Störungen nach der Folterung bemerkbar?

Gurris: Vor allem brechen Selbst-Systeme zusammen. Die Menschen trauen sich oft selbst nicht mehr. Sie entwickeln häufig psychosomatische Störungen und die bekannte posttraumatische Belastungsstörung mit Alpträumen, Schlaflosigkeit, Übererregung oder Abstumpfung. Häufig ist ein Vermeidungsverhalten anzutreffen, das ist eigentlich die Grundlage der Aufrechterhaltung der Störung. Besonders nach der sogenannten sauberen Folter treten eine Reihe zusätzlicher Symptome auf, die eher einem psychiatrischen Krankheitsbild entsprechen, wie z. B. schwere Depressionen, Eßstörungen, Zwangsverhalten, Suchtproblematik. Das ist diagnostisch und gutachterlich schwerer aufzudecken und auf die Verfolgungsgeschichte zu beziehen.

STACHELDRAHT: Treten in der Reaktion auf psychische Folter gravierende individuelle Unterschiede auf?

Gurris: Ausbruch, Dauer und der Wiederholungscharakter der Störung können sich bei jedem Menschen sehr unterschiedlich entwickeln. Eine kurze traumatische Einwirkung von Mißhandlung und Folter kann für eine Person sehr tiefgreifende Folgen haben, während die andere länger durchhält und erst dann Symptome entwickelt. Bei einigen zeigen sich zunächst überhaupt keine Symptome, sie können aber irgendwann im Verlauf der Lebensgeschichte auftreten, vorübergehend abklingen, und dann wieder im fortgeschrittenen Alter auftauchen. Manchmal entwickelt sich eine posttraumatische Streßreaktion Jahrzehnte danach oder überhaupt erst im Alter. Wir wissen, daß eine solche Symptomatik ein Leben lang dauern kann, wenn sie nicht behandelt wird.

STACHELDRAHT: Sie befassen sich hier mit Traumata, die durch politische Gewalt entstanden sind. Was ist dafür kennzeichnend?

Gurris: Diese Form des Traumas tritt immer dann auf, wenn Gesellschaften, Staaten oder Staatsapparate ihre Macht benutzen, um Menschen gefügig zu machen und bewußt zu zerstören. Das Planvolle daran steht z. B. schon mal im Gegensatz zu familiären Beziehungsstörungen.

STACHELDRAHT: Spielt die Trennung zwischen Störungen, die bereits in der Kindheit auftraten, und Schäden durch politische Verfolgung bei ihrer Behandlung eine Rolle?

Gurris: Sie spielt durchaus eine Rolle. Es ist ethisch geboten, sehr sauber zu trennen, und dann eine Gewichtung herbeizuführen. Bei Folteropfern muß das Hauptgewicht auf die Tatsache gelegt werden, daß sie politisch verfolgt wurden. Den Menschen, die staatlich organisiert verfolgt oder drangsaliert wurden, darf man nicht anlasten, daß sie eventuell auch vorher schwierige Entwicklungsbedingungen hatten. Natürlich kann das eine das andere auch verstärken. Aber man darf das Schwergewicht nicht auf die Kindheit legen und damit Folter und Verfolgung herunterspielen.

STACHELDRAHT: Verarbeiten Männer und Frauen psychische Mißhandlung unterschiedlich?

Gurris: Ja. Zunächst einmal fällt auf, daß Frauen eher in der Lage und bereit sind, über sich zu sprechen oder ihre Erlebnisse untereinander auszutauschen, während das mehr oder minder ausgeprägte Männlichkeitsdenken oft verhindert, Gefühle zu zeigen und sich darüber zu äußern. Das heißt, Männern fällt es oft sehr schwer, Leid und Terror, die sie seelisch erlebt haben, darzustellen. Ähnlich verhält es sich mit psychosomatischen Beschwerden. Auch Frauen haben sie in hohem Maße, aber bei Männern scheinen sie resistenter zu sein. Und Männer beharren länger darauf, daß ihnen medizinisch-technisch geholfen werden kann.

STACHELDRAHT: Die Folgen psychischer Folter tragen offenbar nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Häufig werden sie auch zu einem Problem der Familienangehörigen. Ehepartner fühlen sich davon belastet, geraten in einen Zwiespalt, und es scheint auch Auswirkungen auf die nächste Generation zu haben.

Gurris: Das ist mit das wichtigste Gebiet unserer Traumatherapie. Jedes Trauma dieser Form ist transgenerational. Wir erleben immer wieder, wie notwendig es ist, sich um die gesamte Familie zu kümmern, und fordern deshalb gesellschaftlich auch einen breiten familientherapeutischen Ansatz, sich mit solchen Traumatisierungen zu beschäftigen. Es gibt viele zerstörte Paarbeziehungen, z. B. durch eine Art gegenseitige Opfer-Täter-Beschuldigung. Das heißt, Betroffene beschuldigen die Partner, so ähnlich zu sein wie die Verfolger, ähnliche Dinge im Schilde zu führen. Oder sie fordern übertriebene Fürsorge, sie wollen besonders geschont werden, sind sehr leidend, klagen viel. Daran können Beziehungen zerbrechen. Auch sexuell ist es oft schwierig, weil immer wieder während der sexuellen Kontakte diese traumatisierenden Vorstellungen kommen. Die Unterscheidung zwischen wirklichem Verfolger und jetzigem Partner kann sich dann tragischerweise verwischen.

STACHELDRAHT: Auch noch viele Jahre später?

Gurris: Ja.

STACHELDRAHT: Welche Probleme treten besonders bei Kindern Verfolgter auf?

Gurris: Die Belastung für Kinder kann sehr stark sein, auch wenn den Eltern das gar nicht bewußt ist. Zum Beispiel müssen sie Entwicklungen schneller durchlaufen, weil sie sich um die Eltern kümmern, die ein dauerndes Opfer bleiben. Das überfordert die Kinder und beeinträchtigt ihren normalen Lebensweg. Oder Kinder werden überbehütet, sie dürfen nicht erwachsen werden. Denn Erwachsensein bedeutet Verfolgung, heißt Schmerzen erleiden, besser, man weiß gar nichts davon. Es gibt sehr dramatische Beispiele, wie Kinder das Schicksal der Eltern mittragen müssen, obwohl ihnen

oft gar nichts Konkretes erzählt wird. Gerade dieses Nebulöse führt dazu, daß es um so schwerer zu bewältigen ist. Es gibt oft keinen gesunden Austauschprozeß zwischen den Generationen darüber. Die Eltern tabuisieren, vermeiden, spalten ab, und trotzdem bekommen die Kinder auf dem Delegationsweg diese Leiden mit aufgedrückt. Natürlich können wir die Eltern dafür nicht verantwortlich machen. Da gehört ein wirklich systemischer familientherapeutischer Ansatz hinein.

STACHELDRAHT: Bei manchen ehemaligen politischen Häftlingen, die später in der Bundesrepublik gelebt und eine ganz normale Karriere gemacht haben, klagen heute die Ehefrauen darüber, daß sich ihre Männer auch nach der Pensionierung keine Zeit für die Familie nehmen. Sie beschäftigen sich unablässig weiter, ohne größere Entspannungsphasen, treten in zig Vereine ein und nehmen Hunderte von Terminen wahr. Kann diese Überaktivität eine späte Folge der Haft sein?

Gurris: Ja, das ist eine häufige Form nach Trauma. Es scheint eine chronische Vermeidungsfolge zu sein. Man muß sich nicht damit auseinandersetzen, was geschehen ist. Und oft werden Menschen, die einigermaßen überlebt haben und körperlich noch genügend beieinander sind, zu Workaholics, denn das ist eine gesellschaftlich akzeptierte Form. Die arbeiten sich dann quasi zu Tode, kommen nicht mehr zu sich. Es ist ja etwas Besinnungsloses dabei. Denn das Zusichkommen würde unter Umständen bedeuten: Schmerz, Leid, Scham und Trauer. Und nicht geleistete Trauer- und Schamprozesse können zu Workaholic-Verhalten führen, bis hin zu plötzlichen Erkrankungen, z. B. Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

STACHELDRAHT: In den Organisationen der Betroffenen fällt auf, daß es häufig interne Querelen gibt, die meist sehr kontraproduktiv sind. Dieses Verhalten scheint oft weder dem Intellekt noch dem Charakter der Menschen angemessen.

Gurris: Das ist eine Frage, mit der wir uns auch beschäftigen. Häufig ist die Folge von Trauma auch die Entwicklung von Konkurrenz unter Opfern, die Entwicklung von diffusen Aggressionen als Antwort auf die Hilflosigkeit. Hilflosigkeit entsteht entweder, weil die eigene Traumatisierung nicht entsprechend aufgearbeitet worden ist, oder weil mangelnde Anerkennung innerhalb der Gesellschaft dieses Leiden fortbestehen läßt. Das führt zu ohnmächtiger Wut, zu aggressiven Ausbrüchen und dazu, daß einzelne Opfer oder ganze Opferverbände miteinander in Konkurrenz treten. Dann wird eine Meßlatte angelegt, wer das moralischere Opfer ist, wer mehr und wer weniger gelitten hat. Diese tragische Konkurrenz macht es oft so schwer, gemeinsam und stark aufzutreten.

STACHELDRAHT: Gibt es noch andere Formen des Sozialverhaltens, die opfertypisch sind?

Gurris: Das größte Problem und Tabu unter Opfern ist, daß sich mögliche Täteranteile mischen könnten. Ein Opfer muß nicht für alle Zeit ein jungfräuliches oder unbescholtenes Opfer bleiben. Jede grausame Mißhandlungssituation birgt in sich den Keim, selber auch Täteraspekte zu produzieren. Vor diesen Fragen darf man sich nicht drücken. Es ist eine Folge von Verfolgung und Folter, daß Menschen teilweise zu anderen Menschen werden: und dies ist nicht die Schuld der Opfer. Es gehört mit in dieses ganze perfide Verfolgungssystem, das Menschen in Hilflosigkeit und Abhängigkeit treibt. Fast alle Folterer gehen auch eine Beziehung ein mit ihren Opfern. Wir nennen das die traumatische Bindung, und zwar dann, wenn man den Folterern ausgeliefert ist. Es ist ja niemand anderes da. Das heißt, nur der, der einen quält, kann einen auch erlösen. Über traumatische Bindungen können Menschen im nachhinein nur selten sprechen, weil sie mit Schuld- und Schamgefühlen beladen sind. Sie haben damals vielleicht Dinge gesagt oder getan, die sie inzwischen bei sich selbst verurteilen. Das hindert sie heute oft daran, Hilfe zu suchen, denn sie wissen meist nicht, daß sie gerade in diesen Punkten mit Sicherheit während der Behandlung Entlastung und Verständnis erfahren. Es wird therapeutisch so gesehen, daß der betroffene Mensch nicht daran schuld ist. Niemals!

STACHELDRAHT: Was ist das Ziel Ihrer Therapie?

Gurris: Es geht um Veränderung, von einem unerträglichen Status, einem Status der Stagnation hin zu einem, der Lebenkönnen bedeutet - auch mit Beeinträchtigungen, die verbleiben. Es gibt Menschen, die sich gar nicht als Opfer bezeichnen, sich aber permanent entsprechend verhalten. Mit denen arbeiten wir so, daß sie irgendwann dieses Verhalten nicht mehr nötig haben, weil sie angemessene Möglichkeiten finden, sich damit auseinanderzusetzen. Damit sie einmal sagen können: Ja, ich war ein Opfer, aber letzten Endes haben mich die Verfolger nicht besiegt. Es ist Vergangenheit, ich habe noch ein Leben danach.

STACHELDRAHT: Wie kann denn nun ganz konkret die Hemmschwelle vieler Betroffener, die zur Behandlung zu kommen, überwunden werden?

Gurris: Jede Form der gesellschaftlichen Aufdeckung dessen, was geschehen ist und was es bewirkt hat, ist wichtig. Notwendig sind da ganz einfach Informationsaktionen. Daß Menschen aufgeklärt werden darüber, welche Leiden bestimmte Einwirkungen hervorrufen und daß diese Leiden ganz normale Reaktionen sind. Erst dann kann sich wie in einem Erdbeben eine Art Netzwerk bilden, auch mit Selbsthilfegruppen. Erst dann werden viele Menschen diese Schamgrenzen überspringen.

STACHELDRAHT: Wie sollen diese Informationen die Öffentlichkeit erreichen?

Gurris: Über die Verbände, deren Beratungsstellen und uns. Zum Beispiel kann man die Popularität des Konzepts der posttraumatischen Belastungs-

störung nutzen. Wir müssen öffentlich formulieren, daß wir hier in Deutschland in ganz subtiler Form schon seit Jahrzehnten diese Problematik haben, und nicht nur, wenn ein Flugzeug abstürzt oder ein traumatisierter Feuerwehrmann Hilfe braucht. Wir müssen auch gelegentlich Fallbeispiele nennen, um den Betroffenen zu zeigen, daß es das alles auch bei anderen gibt und eine ganz normale Reaktion auf traumatische Erlebnisse wie Verfolgung und Folter ist.

STACHELDRAHT: Vor einiger Zeit haben Sie speziell für die nach Sibirien verschleppten Frauen Hilfe angeboten. Offenbar haben sich nur wenige gemeldet. Steht Ihr Angebot noch?

Gurris: Wir hatten eine große Veranstaltung zu diesem Thema, mit Freya Klier, und haben ein Informationsblatt herausgegeben, daß wir uns auch um verschleppte und vergewaltigte Frauen kümmern. Es kam praktisch kein Rücklauf. Wir hatten den Eindruck, daß die Frauen noch nicht die Angst überwinden konnten, dieses Thema anzugehen. Sollten sich jetzt noch Frauen melden, sind wir bereit, für Selbsthilfegruppen bei den Verbänden auch Betreuungspersonen zu finden, die therapeutisch anleiten, oder die Frauen an Einzel- bzw. Gruppentherapien weiterzuleiten. Wir selbst haben leider nur geringe Kapazitäten, aus finanziellen Gründen.

STACHELDRAHT: Woraus finanzieren Sie sich?

Gurris: Seit Gründung des Behandlungszentrums 1992 ist die finanzielle Grundlage nie sicher gewesen. Wir bekommen eine Zuwendung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die aber jährlich gekürzt wird. Wir erhalten etwas Förderung durch EU-Gelder, sind allerdings in steigendem Maße auf Spenden angewiesen. Wir hoffen, daß wir durch die Gründung einer Stiftung - am 12. Dezember dieses Jahres - irgendwann finanziell unabhängiger und gesicherter dastehen.

STACHELDRAHT: Wohin können sich Menschen, die erkennen, daß sie eine Therapie brauchen, noch wenden?

Gurris: Erst mal an die Verbände. Dort gibt es ja mittlerweile eine kleine Liste von niedergelassenen Therapeuten. Dazu sollten die Menschen wissen, daß sie jeden Therapeuten ablehnen können, also auch zwei, drei erst mal ausprobieren. Sie müssen zunächst fragen, ob der Therapeut eine Zulassung für alle Kassen hat, denn sie sollten diese Kosten nicht selbst tragen. Und dann können sie ruhig sagen, daß es sich um eine DDR-Problematik handelt, und fragen, ob er sich das zutraut.

STACHELDRAHT: Auch außerhalb Berlins gibt es Behandlungseinrichtungen, die sich um Traumaopfer kümmern. Ist das Behandlungszentrum Waldstraße in Berlin die einzige Einrichtung speziell für SBZ/DDR-Opfer?

Gurris: Ja. Und in diesem Punkt sollte man wirklich mal ganz aufmüpfig sein und fordern: Stellt endlich mehr Mittel bereit!

STACHELDRAHT: Vielen Dank, Herr Gurris.